

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 137.

Montag, den 15. Juni 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Wahlverwandtschaft.

ap. Als der Besuch des englischen Königs beim Zaren bekannt wurde, sind, namentlich in England, viele Stimmen laut geworden, die darin etwas Ungeheuerliches und Unpassendes fanden. Nicht im Privatbesuch der Monarchen, wenn auch der eine der blutige Henker des russischen Volkes und der andere der „vollkommene Gentleman“ Englands ist, so sind sie doch immer noch die undanke. Hier könnte also höchstens dem Phylister, der sich gern seinen Fürsten als Inbegriff seiner eigenen Nation vorstellt, die Erinnerung an die Tatsache unangenehm berühren, daß die europäischen Völker von einer internationalen Gesellschaft regiert werden, die, selbst weder englischer, noch russischer, noch deutscher Nation, das Amt hat, jeder Nation einen „nationalen“ Fürsten zu stellen. Daß aber Verwandte sich besuchen, kann ihnen keiner verübeln.

Dieser Besuch in Reval ist jedoch kein privater Fürstenbesuch, sondern eine feierliche Kundgebung des Bündnisses der beiden Länder, d. h. nicht der Völker, sondern der Regierungen. Die Fürsten umarmten sich dort als Vertreter der herrschenden Klassen der beiden Länder, und deshalb hatten sie auch ihre Minister mitgebracht. Daher der Tadel und die Kritik. England, das Land der Demokratie und der Kultur, schließt Freundschaft mit Rußland, dem Lande des Absolutismus und der Barbarei. England, der Hort der Freiheit, wo jeder Bürger sich in seinem Hause selbstherrlich wie ein Fürst fühlt; Rußland, das Land des Despotismus, wo man jeden Augenblick darauf rechnen muß, durch eine Laune eines betrunkenen Kosakenoffiziers ohne Grund ins Gefängnis geschleppt und erschossen zu werden. Ist ein größerer Gegenjah denkbar? Muß nicht jeder gebildete Engländer mit Abscheu und Ekel vor diesen blutigen Mördern erfüllt werden, denen seine Minister jetzt in Reval die Hände drücken? Kein Wunder, daß unsere Genossen, die im Parlament die Regierung über diese Rußlandreise interpellierten, nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch in weiten Schichten des Bürgertums Beifall fanden. Zwar war die geheime Freundschaft für die russische Regierung und ihre Unterstützung schon seit einem Jahrhundert die Politik des englischen Liberalismus; aber die heutige offene und herzliche Freundschaftskundgebung, gerade zur Zeit der schlimmsten Blutherrschaft in Rußland, ist für die englische Demokratie allzu kompromittierend und muß den bürgerlichen Ideologen schwer auf die Nerven fallen.

Der Minister verteidigte sich dadurch, daß er den trockenen Nützlichkeitstandpunkt hervorhob. In der Politik spielen Gefühlserwägungen nicht mit; sogar mit dem Teufel würden wir uns verbünden, wenn es uns Vorteile brächte. Uns, der englischen Bourgeoisie, sichert das russische Bündnis Vorteile; da brauchen wir uns um die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht zu kümmern.

Hier tritt die kalte, gewinnlüstige, ideallose Moral der kapitalistischen Bourgeoisie klar zutage. Menschlichkeit, Kultur, Demokratie sind schöne Phrasen für Sonntagsgebrauch und um dem eigenen Volk Sand in die Augen zu streuen, aber auf der Börse haben sie keinen Kurs und die Politik ist ja Handelsgeschäft. Diese Erklärung schien offen und unverhüllt, war es trotzdem nicht. Denn der Minister ließ den Schein bestehen, als ob die herrschende Klasse nur mit Widerwillen, entgegen den eigenen Gefühlen, durch das selbige Interesse gezwungen, den russischen Henkern die Freundschaftshand bot. Hätte er ganz offen geredet, so hätte er etwa folgendes ausgesprochen:

„Meine Herren, wir fühlen uns sehr dadurch geschmeichelt, daß Sie uns so hoch über unsere russischen Freunde stellen; aber wir müssen diesen Vergleich zurückweisen: sie sind nicht soviel anders als wir. Nach Ihrem Reden zu urteilen, wird uns in Reval eine Bande blutbedeckter Barbaren empfangen. Beruhigen Sie sich; die Herren, denen wir dort begegnen, stehen ganz auf der Höhe der westeuropäischen Zivilisation; sie verfügen über dieselbe Bildung wie wir, sie würden eine Tierde unserer Salons sein und wären da von den ehrenwertesten Edelleuten unseres Landes nicht zu unterscheiden; kurz, sie sind Gentlemen wie wir. Diese Außerlichkeit bekundet schon, daß sie nicht so schlimm sein können, wie Sie es darstellen.“

Sie sagen: aber diese Herren sind die Mörder ihres Volkes; Sie weisen darauf hin, daß in einem Jahre soviel tausende von Russen getötet oder verkrüppelt werden oder langsam in den Gefängnissen hinfieren. Das ist allerdings sehr bedauerenswert, aber haben wir Ursache, uns darüber zu entrichten? Namentlich Sie, meine Herren Vertreter der Arbeiterklasse, sollten sich erinnern, daß in unserem eigenen Lande alljährlich Tausende von Arbeitern der Industrie zum Opfer fallen, entweder sofort von den Maschinen ge-

tötet werden, oder verkrüppelt oder vergiftet ihr weiteres Leben elend und kränkelnd weiterschleppen müssen. Ihr habt ja selbst gegen uns die Anklage erhoben, daß wir durch die mangelhafte Inspektion der Fabriken die Unfälle verschulden und uns sogar Mörder dieser unglücklichen Opfer genannt. Das war eine ungerechte Beschuldigung; die Fabrikanten können ja keine Verlastung der Industrie ertragen, ohne ihre Konkurrenzfähigkeit einzubüßen, und die Wohlfahrt, ja das Bestehen des Landes beruht auf der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie. Wenn wir uns also damit abfinden müssen, daß Tausende unserer eigenen Mitbürger im Interesse unseres Wirtschaftslebens zugrunde gehen, dürfen wir uns dann darüber empören, wenn in Rußland für die Aufrechterhaltung der Ordnung, jener Grundbedingung aller Wirtschaft, so viele Opfer fallen. Wenn Sie über Sibirien reden, erinnern Sie an den Londoner Ostend, wo nicht revolutionäre Staatsfeinde litten, sondern ganz unschuldige Menschen elend verkrüppelt wurden.

Sie sagen: in Rußland herrschen Gewalt- und Willkür, dort sucht die Regierung sich durch blutige Grausamkeit gegen das Volk zu behaupten, während bei uns Gesetz und Freiheit herrschen. Wir wollen jedoch nicht besser scheinen als wir sind; das Lob dafür kommt nicht uns, sondern Euch zu; das maßvolle Verhalten der englischen Arbeiter ist der Grund dafür, daß unsere Regierungsmethode so ganz anders als die russische sein kann. Wenn Sie aber den Versuch machen würden, uns durch revolutionäre Mittel die Herrschaft zu entreißen, glauben Sie dann etwa, daß wir uns das ruhig gefallen lassen? Glauben Sie etwa, daß wir Freiheit und Gesetz hochhalten würden, wenn das Volk sich dieser nicht wert zeigen und die göttliche Weltordnung in frevelhafter Weise umzustößen versuchen würde?

Sie sehen also, meine Herren, daß wir gar keinen Grund haben, uns für besser als unsere russischen Freunde zu halten. Gerade so wie sie leben wir von der Arbeit des Volkes; gerade so wie sie halten wir es für unvermeidlich, daß ein Teil des Volkes der Erhaltung dieser Gesellschaftsordnung zum Opfer fällt; gerade so wie sie betrachten wir diese Ordnung, in der wir herrschen, als eine göttliche Weltordnung, die wir gegen Umsturzversuche mit allen Mitteln aufrecht erhalten wollen. Ein wirklicher Unterschied besteht zwischen uns nicht; sie sind Fleisch von unserem Fleisch, sie gehören wie wir der großen Familie aller ausbeutenden Klassen an.“

Hätte der Minister in solcher Weise geredet und ganz offen die innersten Gefühle der englischen Bourgeoisie ausgesprochen, so hätte er aller Welt die Wahlverwandtschaft klargemacht, die den englischen Liberalismus immer zum Zoisimus hinneigen ließ. Dann hätte er zugleich den Proletariern klargemacht, daß der Kapitalismus, der um den bloßen Gewinn in Fabriken und Bergwerken die Menschen zu Tausenden zerreißt und verderben läßt, von einer wirklichen Kultur, wie wir sie verstehen, kaum weniger weit entfernt ist, als die russische Blutherrschaft. Aber gerade deshalb durfte er so nicht reden. Und gerade deshalb entrißte sich ein Teil der Bourgeoisie über die Rußlandreise, weil sie eine allzu offene Bloßstellung der barbarischen Natur des Kapitalismus ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Feste Preise.

Herr Albert Träger liebt es seit einiger Zeit, den Führern seiner Fraktion — wie man zu sagen pflegt — in die Suppe zu spucken. In seinen Wahlreden wie in Zeitungsartikeln hat er wiederholt ganz ungeniert das ausgesprochen, was die Herren Kopf, Wiener und Konforten ängstlich zu verheimlichen sich bemühen und was sie deshalb vor der Öffentlichkeit energig bestreiten: nämlich daß die Politik des Freisinn im Block weiter nichts ist als ein elendes Schachergeschäft. Warum Herr Träger bei der Partei bleibt, die er so gründlich verachtet, wissen wir nicht. Sedenfalls bleibt er bei ihr und infolgedessen wird es ihm wohl schwer, zu erklären, daß der ganze schäbige Handel ihm überhaupt anstößig ist. Er begnügt sich deshalb, ihn zu ironisieren, und das tut er in der Form einer Kritik, daß seine Fraktionsführer als Handelsleute nicht tüchtig genug gewesen und für die Verschacherung ihrer politischen Tätigkeit nicht genug herausgeschlagen hätten. So sagte er neulich in einer Wählerversammlung zu Charlottenburg: Wenn jemand eine Kuh für 100 Mk. anbietet, dabei aber zugleich sagt, er gebe sie auch für 50 Mk., so wird er sicher niemals mehr als 50 Mk. dafür kriegen.

Das war schon drastisch. Aber noch nie hat der alte Herr seinem Groll in einer so derben Weise Luft gemacht, wie im „Berliner Tageblatt“, wo er einen Artikel unter der zynischen Überschrift: „Feste Preise“ veröffentlicht. Sollte man eine solche Selbstverhöhnung für mög-

lich halten! Wiederholt haben wir in den letzten Wochen gezeigt, mit welchem Hohn die Konservativen ihre freisinnigen Blockbrüder überschütteten. Jetzt ist es schon so weit gekommen, daß der Freisinn sich selber anspricht!

Der Inhalt des Artikels ist denn auch wieder der, daß der Freisinn sich nicht so billig verkaufen solle:

„Fordern und bieten macht Kaufleute“, sagt das Volkswort, jeder Teil muß Leistung und Gegenleistung genau zu ermessen imstande sein, der reelle Handel hält auf feste Preise. Daran fehlt's bei dem Geschäft, der Herr Reichskanzler hat sich seinerzeit zu nichts Bestimmtem verpflichtet, und der Linksliberalismus verabsäumt, feste Preise zu stellen. Aus Artigkeit jedenfalls. Solchergehalt ist kein Handel abgeschlossen, vielmehr dem Handeln freie Bahn gelassen. Noch eine Gelegenheit, die allergünstigste, hat der Linksliberalismus außer acht gelassen, als am denkwürdigen 4. Dezember v. J. der wirklich in Not befindliche Herr Reichskanzler ein stürmisches Aufgebot an den Helfer erließ. Der kam, half und unterließ es abermals, auf feste Preise zu dringen. Wahrscheinlich aus Sentimentalität. Artigkeit und Sentimentalität sind bei Handelsgeschäften nicht angebracht.“

Wohl bekomme der Wiemergarde diese Tracht Prügel. Denn die Achtung vor Trägers Vergangenheit verbietet uns anzunehmen, daß er etwa selbst schon korruptiert genug sei, um das, was er da schreibt, ernst zu meinen. Offenbar macht er sich lustig, grimmig lustig über das, was er nicht ändern kann. Und in seinem Hohn fährt er fort:

Eine Übertreibung ist es jedoch, wenn hier und da behauptet wird, dem Linksliberalismus ergehe es wie Gretchen. Bekanntlich hatte das leichtgläubige Bürgermädchen schon so viel für den vornehmen Verführer getan, daß ihr zu tun fast nichts mehr übrig blieb. Soweit sind wir denn, Gott sei Dank, doch noch nicht.

3 Gott bewahre! Der Freisinn kann noch sehr viel mehr für den Fürsten Bülow tun. Er hat sich noch lange nicht genug prostituiert. Und er wird das edle Geschäft fortsetzen, darauf kann man sich verlassen. Schon im Herbst bei der Reichsfinanzreform wird er's fortsetzen, obgleich Herr Träger hierauf seine letzte leise Hoffnung setzt:

Hier ist jedes Mißtrauen eine Ehrenerklärung für den Linksliberalismus, die er hoffentlich bei der Finanzreform rechtfertigen wird.

Wer leben wird, wird sehen, sagt ein französisches Sprichwort. Aber leid tun kann einem der alte Herr. Er hätte am Abend seines Lebens ein besseres Schicksal verdient.

Wilhelm II. und die Homosexuellen.

Gegen die homosexuellen Verfehlungen im Heere soll der Kaiser, nach dem „Frankf. Generalanzeiger“, eine scharfe Kabinetsorder an die kommandierenden Generale der Armee erlassen haben. Die Regimentskommandeure sollen erneut zu strengstem Vorgehen gegen Schuldige, ohne Rücksicht auf Person und Stellung, aufgefordert werden. — Abwarten!

Das Branntweinmonopol kommt dennoch!

Während in den bisherigen Nachrichten über die künftigen Steuerpläne Sydows nur von einer „Reform“ der Branntweinsteuer die Rede war, und betont wurde, das Projekt eines Branntweinmonopols sei infolge des Widerstandes der Blockparteien als begraben anzusehen, bringt jetzt der „Berliner Lokal-Anzeiger“ eine Nachricht, die das Gegenteil besagt. Das Blatt schreibt, die verbündeten Regierungen hielten an dem Monopolplan fest, da man insbesondere im Hinblick auf die von der Spirituszentrale bereits getroffenen Vorbereitungen das Monopol für die geeignetste Übergangsform erachte für eine später vorzunehmende, umfassende Neugestaltung der Branntweinsteuer.“ In den Regierungsentwürfen, die dem Reichstage im Spätherbst zugehen würden, werde das Spiritusmonopol unter allen Umständen erscheinen.

Damit wird also wieder eine Hoffnung der Blockliberalen zerstört, die den Himmel schon offen sahen und an eine „Reform“ glaubten, die die Beseitigung der Liebesgaben bringen würde. Die elendeste Frucht der Stengelschen Sanierungsversuche soll auch unter Sydow weiterblühen.

Urge Verstimmung

herrscht bei den Liberalen verschiedenster Couleur darüber, daß der Bülowfürst als preußischer Urmähler den konservativen Wahlmännern seine Stimme gegeben hat. Die „National-Zeitung“ bezeichnet dieses Verhalten Bülows in einer langen Sammerepistel als einen politischen Fehler. — Die Blockgesellen brauchen sich nicht aufzuregen. Bülow hat als konsequenter Mann so gewählt, wie es seinen reaktionären Anschauungen entspricht. Er hat bemerkt, daß er nicht so rückgratlos ist wie die Liberalen, die in der Theorie gegen die Konservativen wettern, in der Praxis aber mit ihnen, den offenen Wahlrechtsfeinden, Wahlbündnisse abschließen.

Die Flottenfragen

haben sich nun definitiv geeinigt. Auf der gestern in Danzig abgehaltenen Hauptversammlung wurde Herr Otto von Salm-Horstmar als Präsident gewählt; da man nicht weiß, ob dieser die Wahl annimmt, so soll erst Admiral v. Köster Präsident werden. Keims Nachfolger wird Konteradmiral Weber von Berlin. Sämtliche Mitglieder des früheren Präsidiums, darunter auch Keim, hatten eine Wiederwahl abgelehnt. Sie haben sich also „im Interesse der guten Sache“ geopfert.

Die Wirkungen des Zigarettensteuergesetzes.

Aber die schlimmen Wirkungen dieses Gesetzes auf die Zigarettenindustrie äußert sich dermaßen erschreckend, von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin herausgegebenen zweiten Band des „Berliner Jahrbuchs für Handel und Industrie“ für 1907 folgendermaßen: „Der Zigarettenindustrie hat, wie vorausgesehen war, die Vandalensteuer einen nachhaltenden und kaum auszugleichenden Schaden zugefügt. Der Kampf aller gegen alle, der bereits im Jahre 1906 sofort nach Inkrafttreten des Steuergesetzes begann, hat sich im Jahre 1907 und besonders in dessen ersten Teile bedeutend verschärft. Einzelne Zigarettenfabrikanten versuchten, ihre Verkaufspreise zu erhöhen. Die Zigarettenhändler, die sich dadurch geschädigt fühlten oder nicht glaubten, bei ihrer Kundschaft eine Preiserhöhung durchsetzen zu können, widersetzten sich dem aber entschieden. Hierin wurden sie noch durch das Vorgehen einiger kurzfristiger Fabrikanten unterstützt, die gerade die Zeit der Aufregung und Unzufriedenheit dazu benutzten zu müssen glaubten, das Geschäft an sich zu reißen. Diese Zigarettenfabrikanten erhöhten ihre Preise gar nicht oder nur in ganz unbedeutender Weise und versuchten, ihre Waren trotz der verminderten Qualität durch eine eifrigere Reklame oder durch ein Überbieten der Prozente und Rabattsätze auf dem Markt zu halten resp. den Markt zu erobern. Hierzu kam, daß gerade die Einführung der Steuer den Anstoß dazu gab, daß eine große Anzahl von Leuten sich der Industrie zuwandte, in dem Glauben, bei der allgemeinen Umwälzung leicht gute Geschäfte machen zu können. Als die Erfolge dann ausblieben, mußten diese Elemente dem Geschäftsgebaren der oben Genannten folgen. Infolge dieser Vorgänge griff schließlich mehr als vor der Einführung das Streben, sich gegenseitig zu unterbieten, Platz, so daß man wohl behaupten kann, daß die Zigaretten heute trotz des Steuerzuschlages teilweise billiger abgegeben werden als vor Erlaß des Steuergesetzes. Natürlich wurde diese Verbilligung nur durch Verschlechterung der Qualität, der Arbeit usw. ermöglicht, zumal da die Geschäftskosten sich in jeder Richtung bedeutend erhöht haben. Abgesehen von der Steigerung der Rohmaterialpreise und der Löhne, hat die Vandalensteuer die Regiepreise bedeutend erhöht, und bei denjenigen Firmen, die sich stark der Reklame bedienen, sind infolge des schärferen Konkurrenzkampfes auch die Reklamekosten erheblich gestiegen. Die flüchtige und überstürzte Art, in der das Zigarettensteuergesetz und die Ausführungsbestimmungen feinerzeit fixiert wurden, hatte ferner eine augemeine Unzufriedenheit und Unklarheit nicht nur bei den Interessenten, sondern auch bei den die Aufsicht führenden und ausübenden Beamten zur Folge. Von den verschiedenen Steuerzentren kommen die verschiedensten Verfügungen; gleiche Angelegenheiten werden in verschiedenen Orten verschieden gehandhabt; für die Buchkontrolle werden heute Bestimmungen, die dem Fabrikanten eine große Arbeitslast aufbürden, erlassen, um morgen wieder geändert oder für ungültig erklärt zu werden. Es muß daher dringend gefordert werden, daß zunächst wenigstens die Ausführungsbestimmungen einer genauen Revision unterzogen werden, und es darf hierbei nicht verkümmert werden, die Industrie in gebührender Weise hinzuzuziehen.

Gegen die Erhöhung der Zigarettensteuer

spricht sich das christlich-soziale „Reich“ mit aller Entschiedenheit namens der gesamten Wirtschaftlichen Vereinigung aus. Das Blatt schreibt: Der Massenkonsum ist genug befeuert, jetzt müssen andere Dinge, wie der Tabak, daran kommen. Die Wirtschaftliche Vereinigung jedenfalls denkt nicht daran, um des Blockgedankens willen jeder unsozialen Steuer zuzustimmen. Wir können versichern, daß nach Überzeugung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Blockgedanke für große nationale Fragen maßgebend sein soll, aber nicht dazu führen kann, unsoziale Politik zu treiben. Die Wirtschaftliche Vereinigung denkt nicht daran, um des Blockgedankens willen alles zu schlucken, was aus dem Reichsschatzamt kommt. Wir wollen uns die christlich-sozialen Abgeordneten erst einmal nach der Abstimmung ansehen!

Daß nur dem lieben Zaren nie geschieht!

Eine ganz erschreckliche Dreistigkeit, die sonst nur ein krenzerdorbener Sozialdemokrat sich herausnimmt, hat vor kurzem der Scherliche „Tag“, ausgerechnet der Scherliche „Tag“, sich erlaubt. Er hat, es ist graulich das einzusehen, untern lieben Freund und Bundesgenossen im ersten Kulturland Europas, den Zaren, schändlich angegriffen und noch dazu in einem Gedichtlein. Die Sünde konnte nicht ungerochen bleiben und so richtet denn die Regierung ihre erste Kösch- und Dementierspritze, die „Nordd. Allg. Ztg.“, auf den ungetreuen Nachbar und läßt ihn folgendermaßen an:

Nachdem vor kurzem die „Neue gesellschaftliche Korrespondenz“ einen unqualifizierbaren Artikel gegen die Person des Königs Eduard gebracht hat, den die ernste deutsche Presse rasch und genug war, unbeachtet zu lassen, richtet heute der „Tag“ in der Form eines satirischen Gedichtes einen rohen Angriff gegen das Zarenpaar. Diese Ausgründungen beweisen einen Mangel an Verantwortungsgefühl gegenüber dem eigenen Lande, der die schärfste Mißbilligung zur Pflicht macht. Der Mißbrauch (?) publizistischer Freiheiten zur Herabwürdigung fremder Souveräne schädigt nicht nur das Ansehen der deutschen Presse im Auslande, sondern auch die politischen Interessen des Reiches.

Frankreich, das französische Volk, seine Repräsentanten Napoleon, Boulanger und wie sie alle heißen — die wägen in den dreißigsten Gedichten besungen werden, aber unter lieber Zar, der Menschenfreund und Beschützer zahlloser

Gauner und Wäber, dem darf kein Leid geschehen, dem lecken wir die Stiefel ab. „Wir“ im engeren Sinne allerdings lehnen das ab und werden ihm auch weiter unsere Meinung sagen.

Das Gedichtchen, das die politischen Interessen des Reiches schädigt, lautet also:

Admiralowitsch,
Der Zar ist nunmehr Admiral
der russischen Flotte.
Telegramm.

Mit schon zurückgezogen,
Wie ein furchtbar stilles Häschen,
Kaute Kaviar und Birogen,
Leckte dann am Wuttiggläschen.
Und die Zarin saß beim Zaren,
Und sie sprach mit Stolz: „Die kluge
Ghre, die Dir widerfahren,
Ist ein hohes Glück — Nasdrobje!“
Mit sprach nach einigem Dösen:
„Weißt Du, was ich denke? Sieh ma:
Wär' ich Admiral gewesen,
Dieser Flotte bei Tsuschma!“

Mit den politischen Interessen des Reiches muß es windig ausfallen, wenn ein solches Liedchen ihnen gefährlich werden kann. Auch in England und Frankreich werden mitunter solche Verschen über fremde Monarchen gedichtet, doch gedeihen die Interessen jener Reiche recht wohl dabei. Dem munteren Dichter wird aber jetzt wohl von Scherl der Mund gestopft werden.

Freisinnige Prostitution.

Zu den Wahlmännerstichwahlen am 10. Juni versandten in Schöneberg Nationalliberale und Freisinnige folgende Zirkulare:

Sehr geehrter Herr!
Wie Ihnen bekannt sein wird, fehlen der Sozialdemokratie an der absoluten Mehrheit nur noch wenige Wahlmänner.

Es muß daher unter allen Umständen verhindert werden, daß in den Stichwahlen noch mehr Sozialdemokraten gewählt werden. In Ihrem Bestreben nun sozialdemokratische gegen konservative Wahlmänner zur Stichwahl. Wir bitten Sie daher, um die Sozialdemokratie zu schwächen, in diesem Falle für die konservativen Wahlmänner zu stimmen.

Für die Nationalliberale Partei:
Justizrat Dr. v. Gordon. Rechtsanwalt Dr. Marwig.
Direktor Woivode.

Für die Freisinnige Partei:
Stadto. Zobel. Stadtrat Rag.
Magistratssekretär Rabler.

Für die Reaktion und gegen die Demokratie, für die Wahlrechtsfeinde gegen die Wahlrechtsfreunde ist eben überall „freisinnige“ Parole gewesen!

Wie preussische „Volksvertreter“ gewählt werden.

Ein eigenartiges Wahlmanöver ist auf der ostpreussischen Insel Borkum bei den Wahlmännerwahlen zum Landtage gemacht worden. Bei der letzten Reichstagswahl im ersten hannoverschen Reichstagswahlkreise, die erst vor wenigen Wochen stattfand, erhielt auf unserer Insel der Nationalliberale 204, der Freisinnige 140 und der Konservative nur 21 Stimmen, in der Stichwahl aber der Freisinnige 268 und der Konservative 46 Stimmen. Bei der jetzigen Urwählerwahl wurde aber kein einziger der nationalliberalen Wahlmänner, sondern lediglich 9 konservative gewählt. Die Erklärung bietet folgendes: Die Insel Borkum gehört noch aus alter Zeit mit ihren Gebäuden der landschaftlichen Zwangsfeuerzweckskasse für das platte Land an, die wenig günstige Verhältnisse aufweist und deshalb alljährlich erhebliche Beiträge einfordert — von Borkum allein über 20 000 Mk. Da die Entwicklung des Inselbades aber stadtähnliche Verhältnisse hervorgebracht hat, möchte Borkum schon längst gern aus dieser ländlichen Feuerzweckskasse heraus und in die günstiger gestellte Klasse für Städte und Flecken eintreten. Dieses Bestreben ist aber stets am Widerstande der übrigen Beteiligten an der ländlichen Klasse gescheitert, die einen Ort, der ihnen so sehr ihre Lasten tragen hilft, nicht missen wollen. Vor dieser Urwählerwahl ist nun, wie es heißt, der Inselgemeinde von einer gewissen viel vermögenden Persönlichkeit eine schriftliche Zusage gemacht worden, daß der Austritt Borkums aus der ländlichen Feuerzweckskasse genehmigt werden solle, falls hier die 9 Wahlmänner für den konservativen gestellt würden. Das ist denn auch geschehen. Es wurden nur konservative Wahlmänner gewählt. Urwähler, die nicht mittun wollten, blieben an dem Tage zu Hause. Wahlbestechung ist es natürlich nicht, wenn für konservative Stimmen finanzielle Vorteile in Aussicht gestellt werden. Denn die Konservativen regieren ja!

Rußland.

Ein „schneidiger“ General. Aus Petersburg wird gemeldet: Vor etwa acht Tagen hielt ein Polizeioffizier am Newskij-Prospekt ein elegantes Gespann an, das trotz Zurfuses die Anitschkowbrücke, die eben umgebaut wird, passieren wollte. Als der Polizeioffizier den Wagen anhält und ihm unter allen Umständen die Fahrt über die Brücke untersagte, entstieg ihm der Generalmajor W. Gurko, ein Bruder des vom Lidwall-Prozeß bekannten Gurko, schlug dem Polizeioffizier die Mütze vom Kopf, bestieg selbst den Reitsattel und traktierte den Polizeioffizier sowie die herbeigeeilten Schutzleute gründlich mit Peitschenhieben ins Gesicht und fuhr sodann über die Brücke. Dieses Vorgehen des schneidigen Peitschengenerals hat zur Folge gehabt, daß er auf Veranlassung des Kriegsministers seinen Abschied einreichen mußte. Die Affäre dürfte für den General Gurko ein sehr unangenehmes weiteres Nachspiel haben; es heißt, daß Stolypin auch auf einer strengsten gerichtlichen Bestrafung besteht. Da gegenwärtig noch der Kriegszustand über Petersburg verhängt ist, kann Gurko seine Auflehnung gegen die Administration sehr teuer zu stehen kommen. Freilich sind schon viele Hände tätig, um den General dem Arm der Gerechtigkeit zu entziehen. — Und so wird es wohl auch kommen.

Feuersfuchter an der Arbeit. Wegen revolutionärer Umtriebe wurden in Sosnowice 14 Personen,

darunter eine Studentin und eine Zahnärztin, verhaftet und nach Petrikau gebracht. In der Wohnung der Zahnärztin wurden Waffen und revolutionäre Schriften beschlagnahmt.

Frankreich.

Ungebrochener Demonstrationstreif. Die verschiedenen Gruppen des Verbandes der Bauarbeiter in Paris nahmen einen Beschluß an, die von der Regierung aus Unlaß der blutigen Vorfälle in Bigneug getroffenen Maßnahmen mit einem 24 stündigen Ausstande zu beantworten.

Marokko.

Blutiger Kampf. Aus Marrakesch wird gemeldet, daß am 8. Juni ein Kampf zwischen dem Glaona- und dem Sraghusstamm stattgefunden habe. Letzterer, der sich gewiegert hatte, einen Bruder von Glaoni als Raib anzunehmen, griff ersteren an, tötete 300 Mann und verwundete 400, darunter den Bruder von Glaoni. Nach anderen Meldungen soll die vorgenannte Zahl der Toten und Verwundeten auf selten des Sraghusstammes sein.

Persien.

Vom Gottesgnadenmann. Der „Köln. Ztg.“ wird aus Teheran telegraphiert: Die Provinzen wollen den Schah absetzen. Über 500 bewaffnete Mitglieder einer geheimen Gesellschaft hielten die Umgebung des Parlaments zwei Tage besetzt. Der Schah ließ sie auffordern, wegzugehen und sandte Kosaken hin, worauf sie sich zurückzogen. — Dem Reuterschen Bureau wird aus Teheran über die Unruhen gemeldet, daß die vor dem Parlament und der benachbarten Moschee versammelten Menge zum Teil bewaffnet war und daß bei der Entpaffung durch Soldaten einige Personen verwundet worden sind. In dem Augenblick, als die Unruhen einen ernstesten Charakter anzunehmen schienen, langte ein Schreiben des Schahs an das Parlament an, welches besagte, daß die Meute durch Truppen zerstreut werden würde, wenn sie nicht bis 5 Uhr auseinandergehe. Schließlich zerstreute sich das Volk freiwillig.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 15. Juni.

Achtung, Arbeiter! über die chemische Fabrik in Schwartau ist die Sperre verhängt worden, weil Arbeiter wegen Beteiligung an der Malfeter und Stellung einer Lohnforderung gemahregelt wurden.

Achtung, Steinseher und Hilfsarbeiter! Zuzug ist fernzuhalten nach Lübbehen, Dassow, Klüh und Neumünster.

Achtung Schuhmacher! über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Fürterdamm 10, sowie P. Dettmann, Königsstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Trabemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Achtung Maurer! Der Zuzug von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten. — über den Siedbau der Firma Görner u. Heidenreich ist seitens des Zweigvereins der Maurer die Sperre verhängt.

Die Gründung der hiesigen Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie wurde f. Zt. von den vereinigten bürgerlichen Parteien mit heller Freude begrüßt. In Anbetracht dessen, daß der letzte Reichstagswahlkampf in Lübeck seitens unserer Gegner nur mit Hilfe und in der Manier dieser unsauberen Organisation geführt werden konnte, ist diese Freude sehr verständlich. Auch zu allen späteren Versammlungen und Veranstaltungen der vereinigten bürgerlichen Parteien, ob sie von „liberalen“ oder anderer Seite ausgingen, wurde der Reichsverband, dem gerade hervorragende Liberale — außerhalb Lübecks natürlich — das allerhöchste nachsagen, besonders eingeladen und man fühlte sich so recht wohl in dessen Gesellschaft. Es war ja auch Fleisch vom eigenen Fleisch. Anderorts beginnt man jedoch immer mehr den Reichsverband nach seinem wahren Wert zu schätzen, wie folgender Bericht zeigt:

Eine Abrechnung mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gab es auch auf dem gegenwärtig tagenden Kongreß der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands in Halle a. S. Arbeitersekretär Raffendahl legte der Versammlung mehrere Entschlüsselungen vor. Betreffs des Reichsverbandes heißt es darin: Da festgestellt ist, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie systematisch die gelben Gewerkschaften und die mit ihnen verwandten sogenannten vaterländisch-nationalen Arbeitervereine propagiert und fördert, was nicht im nationalen Interesse liegt, so erklärt der Delegiertentag, daß die dem Gesamtverband angeschlossenen Vereine jede Gemeinshaft und Zusammenarbeit mit dem Reichsverbande abzulehnen haben.

Also sogar die besten Christen und frommsten Patrioten wenden sich von dem unsauberen Geist mit Grausen ab. Aber die vereinigten bürgerlichen Parteien Lübecks, die f. Zt. mit der Lüge von den zweibeinigen Tieren in Uniform die Sozialdemokratie totzuschlagen suchten, bleiben unentwegt Freunde des Reichsverbandes, dem sie auch zweifellos im Charakter sehr nahe stehen.

Die Mitteilungen des Wahlvereins der Liberalen, ein unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinendes monatliches Blättchen, dessen geringer Umfang und fader Inhalt der Bedeutung der Liberalen entspricht, sollen zum 1. Oktober eingehen, da die Kosten in keinem Verhältnis zum Erfolg stehen. Wobei zu bedenken ist, daß der Redakteur, Herr Kühn, das hohe Glück hat, unter den Strahlen der Bogenlampen die gewöhnlichen Mitglieder des Liberalen Wahlvereins mit geistiger Nahrung zu versehen. Und wie gut hat er das getan! Die „Liberalen“ werden nach dem 1. Oktober ihre politische Weisheit wohl hauptsächlich aus den „Lübeckischen Anzeigen“ beziehen, die bekanntlich schon jetzt den Herren in ihrem ganzen Verhalten als Muster dienen.

Wit der Rentabilität des Lübecker Hochofenwerkes scheint es noch lange keine zu haben, denn auch das Geschäftsjahr, welches am 30. Juni zu Ende geht, schließt mit einer Unterbilanz ab, obwohl die Betriebsleitung krampfhaft bemüht ist, die Lübecker Arbeiterschaft von dem leider mit Lübeckischen Staatsmitteln ins Leben gerufenen Werk fernzuhalten. Eine außerordentliche Generalversammlung soll deshalb die Ausgabe von Genußscheinen beschließen. Das „Berl.

Zeitung. Schreibt dazu: „Das am 30. Juni zu Ende gehende Geschäftsjahr, das zweite der Gesellschaft, wird mit einer nicht sehr beträchtlichen Unterbilanz schließen. Zur Tilgung dieser Unterbilanz sowie zur Vermehrung der Betriebsmittel sollen nun Gewinne ausgegeben werden, doch ist es möglich, daß die Verwaltung in der Generalversammlung noch einen anderen Weg zur Beseitigung der Unterbilanz vorschlägt. Der Grund für das ungünstige Ergebnis des Geschäftsjahres 1907/08 ist darin zu suchen, daß die Gesellschaft vor der Inbetriebsetzung die Rohmaterialien zu Hochkonjunkturpreisen abgeschlossen hatte, so daß sich bei ihr das Mißverhältnis zwischen den Preisen der Rohmaterialien und den Verkaufspreisen besonders fühlbar gemacht habe.“

Ein neuer Staatsvertrag über das Hanseatische Oberlandesgericht. Vor etwa einem Jahre ging der Hamburger Bürgerchaft ein Staatsvertrag zur Genehmigung zu, den die Senate von Hamburg, Bremen und Lübeck über das gemeinsame Hanseatische Oberlandesgericht vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bürgerchaft jedes Einzelstaates abgeschlossen hatten. Die Hamburger Bürgerchaft verwarf die Sache an den zur Prüfung des Senatsantrages betreffenden Ausschusses zum Gerichtsverfassungsgesetz niedergesetzten Ausschuss. Als der monatelang darüber im Zusammenwirken mit Senatskommissionen beraten hatte, wurde die Vorlage plötzlich zurückgezogen, weil die Bremer Bürgerchaft die Vorlage abgelehnt hatte und dadurch der ganze Staatsvertrag hinfällig geworden war. Seither haben neue Verhandlungen stattgefunden, die zum Resultat eines neuen Vertrages geführt haben, der nunmehr wieder der Hamburger Bürgerchaft zur Beschlußfassung zugegangen ist. In allen wesentlichen Punkten sind bei dem neuen Vertrage die Wünsche und Anregungen des von der Hamburger Bürgerchaft niedergesetzten Ausschusses berücksichtigt.

Namensänderung. Der Senat hat dem Arbeiter Heinrich Wilhelm Christian Bergmann und dem Bureauhilfsarbeiter Wilhelm Fritz Heinrich Bergmann den Familiennamen Berner verliehen.

Zum Hilfsrichter ernannt. Der Senat hat den Assessor Dr. Gebhard für die Zeit vom 20. Juni bis 30. September ds. Js. zum Hilfsrichter am Amtsgericht ernannt und seine Vereidigung veranlaßt.

Eine neue nationalliberale Zeitung. Soll, wie verlautet, hier zu Beginn des nächsten Jahres herausgegeben werden. Damit würde man den „Lübeckischen Anzeigen“ das Grab graben. Friede ihrer Asche!

Handelsregister. Am 12. Juni 1908 ist bei der Firma W. H. Bandholz S. R. Woldt Nachf. eingetragen: Die Firma ist in W. H. Bandholz abgeändert worden. Am 13. Juni 1908 ist eingetragen: 1. bei der Firma Carl Karstadt in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen; 2. bei der Firma J. Wilhelm Steen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Die Vertreterbesitzung des Geschäftsführers Kaufmanns J. Hesse, legt zu Koshlaw (Anhalt), ist beendigt.

Mangel an Masse. Durch Beschluß des Amtsgerichts vom 26. Mai 1908 ist der Antrag des Gastwirts Otto Friedrich Karl Louis Lüd in Lübeck, Schwartauer Allee 111, auf Eröffnung des Konkurses über sein Vermögen abgelehnt, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden war.

Die Mädelhorstfährer ist seit Sonntag, den 14. Juni ds. Js., wieder betriebsfähig.

Vor der Strafkammer II hatte sich am Freitag voriger Woche der vielfach vorbestrafte Arbeiter B. aus Thurum wegen einer ganzen Anzahl Schwindeltaten und Betrugsversuchen zu verantworten. Bei einem Schlachter in Gutin holte er auf Rechnung seines Arbeitgebers, aber ohne dessen Wissen, für 6 Mt. Fleisch und Wurst. Die Ehefrau des Gastwirts B. in Fissaun mußte ihm Schnaps verabfolgen, den der Sohn seines Brotgebers angeblich bezahlet werde; das gleiche Mandat machte B. bei Gastwirten in Gutin und in Fissaunbrück. Bei der Firma K. in Gutin versuchte der Angeklagte ein Paar langschäftige Stiefel zu erschwindeln, ebenfalls mit der Angabe, sein früherer Arbeitgeber Sch. werde die Rechnung begleichen; doch wurde seinen Worten keinen Glauben geschenkt. Das Urteil gegen den wegen ähnlicher Vergehen schon 10 mal Vorbestraften lautete auf ein Jahr und drei Monate Zuchthaus, 150 Mt. Geldstrafe event. weitere 15 Tage Zuchthaus und Ehrenrechtsverlust auf 5 Jahre.

Wegen Unterschlagung im Amte hatte sich am Sonntagabend vor der hiesigen Strafkammer der Postassistent Wilhelm Meß zu verantworten. Der Angeklagte war früher Unteroffizier, genos in Reinsfeld seine Ausbildung zum Postassistenten und wurde dann nach Lübeck versetzt, wo er auf dem Postamt hauptsächlich in der Packkammer beschäftigt wurde. Sein Gehalt betrug zunächst 1500 Mt. und stieg auf 1800 Mt. Meß wird beschuldigt, im Jahre 1907 aus ihm anvertrauten Paketen eine schwarze Pelzboa und einen Griefsuchstragen entwendet zu haben, die er seiner Frau geschenkt hat. Weiter hat Meß Wagenlichter, welche dem Postamt gehörten, sich rechtswidrig angeeignet. Der Angeklagte gibt diese Straftaten zu. Den hauptsächlichsten Punkt der Anklage bildete jedoch die Unterschlagung von 14 000 Mt. Als der Angeklagte am 23. Januar Nachtdienst hatte, lief von der Reichsbank nebenstelle in Postdam ein für die hiesige Reichsbank bestimmter Beutel mit 400 000 Mt. in Scheinen ein. Meß wog den Beutel und stellte ein Mindergewicht von 70 Gramm fest. Da er annahm, daß der Beutel unterwegs beraubt worden war, entnahm er ihm durch eine kleine Falte 14 Tausendmarktscheine. Den Beutel übergab Meß dann dem ihm abblenden Beamten, von dem er ihn am anderen Morgen wieder übernahm. Jetzt erst stellte der Angeklagte einen Schein über das Mindergewicht aus, verzeichnete darauf aber 85 Gramm statt der ursprünglich fehlenden 70 Gramm. Die ausgelöste Falte hatte er geschickt wieder eingefügt, so daß die Beamten der Reichsbank äußerlich eine Verletzung des Beutels nicht feststellen konnten. Bei der Feststellung des Inhalts ergab sich aber, daß an den 400 000 Mt. genau 14 000 Mt. fehlten. Da man wußte, daß Meß ständig in Geldverlegenheit war, wurde er verdächtigt und verhaftet. Er gestand schließlich auch den Raub ein, wollte aber 12 000 Mt. verbrannt haben. Diese Scheine wurden aber später im Keller gefunden. Der Angeklagte, der in allen Punkten geständig war, will durch unglückliche wirtschaftliche Verhältnisse, die durch Krankheitsfälle in der Familie entstanden sind, zu der Tat getrieben worden sein. Der Staatsanwalt beantragte 4 Jahre 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte auf 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust; es nahm an, daß Meß sich in einer gewissen unverschuldeten Noilage befunden habe. 1 Monat Unteruchungshaft wird auf die Strafe angerechnet.

Vom Tode des Ertrinkens gerettet wurde am Freitag nachmittag das Kind des Flußschiffers H. Stallbaum, welches in die Trave gefallen war. Der gerabe des Weges kommende 22jährige Lagermeister Joh. Müller sprang in voller Kleidung dem Kinde nach und vermochte es mit eigener Lebensgefahr auf das Trockene zu bringen.

pb. Steuerverlesung. Ermittelt und festgenommen wurde ein Tischergeselle aus Bielefeld, der seitens der Großherzog-

lichen Amtsanwaltschaft in Barel wegen Bettelns steuerverleslich verfolgt wird.

pb. Gestohener Trauring. Aus einem Hause der Engelsgrube wurde ein Trauring gestohlen. Er trägt die Inschrift: „B. Siebuhr 13. Mai 1906.“

pb. Unterschlagung. Festgenommen wurde ein in einem hiesigen Geschäft beschäftigter Handlungsgehilfe wegen Unterschlagung von 51 Mt.

Was ist eine Dauerrente? Von Unfallverletzten und Invalidenrentenbeziehern wird sehr häufig von einer „Dauerrente“ gesprochen, d. h. von einer dauernd zu gewährenden Unterstützung für Unfall oder Invalidität. Diese Bezeichnung ist nicht immer richtig, und sehr viele Rentenbezieher, die mit einer „Dauerrente“ gerechnet hatten, sehen sich dann bitter enttäuscht, wenn ihnen plötzlich ihre Rente gekürzt oder entzogen wird. Als eine Dauerrente kann in gewissem Sinne nur die Invalidenrente in Betracht kommen, weil eben, abgesehen von der sogenannten Krankenrente, nur der Invalidenrente beziehen kann, dessen Erwerbsfähigkeit nach dem Gesetz dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist. Aber selbst hier kann keine Rede davon sein, daß die Rente während der ganzen Lebensdauer in jedem Falle gezahlt werden müßte, vielmehr kann die Rente entzogen werden, wenn in den Verhältnissen des Empfängers einer Invalidenrente eine Veränderung eintritt, die ihn nicht mehr als erwerbsunfähig erscheinen läßt. Also selbst in der Invalidenversicherung läßt sich von einer Dauerrente nicht in dem Sinne reden, wie das sehr häufig von Invalidenrentnern geschieht. Ganz anders liegen aber die Verhältnisse in der Unfallversicherung. Zwar nehmen auch viele Unfallverletzte an, daß sie ihre gegenwärtige Rente für alle Zeiten fortbezahlen, also eine Dauerrente erhalten. Das kommt in der Regel daher, daß einzelne Berufsgenossenschaften, wenn sie eine Kürzung der Rente vornehmen, oder die Ärzte, die auf Grund einer Untersuchung eine Rentenkürzung empfehlen, Bemerkungen fallen lassen, aus denen der Verletzte zu entnehmen glaubt, daß er die nunmehr gekürzte Rente für alle Zeiten fortbezieht. Er findet sich vielleicht um so eher mit der Rentenkürzung ab, weil er annimmt, in Zukunft nicht mehr durch ärztliche Untersuchungen und Rentenführungen beunruhigt zu werden. Auch vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung kann man zuweilen beobachten, wie Unfallverletzte ganz nebenbei Bemerkungen dahin aufpassen, daß sie nun für die Zukunft mit einer dauernden Rente, die weder gekürzt noch eingezogen werden kann, rechnen können. Eine solche Auffassung ist in jedem Falle falsch. In der Unfallversicherung gibt es überhaupt keine Dauerrenten, sondern auch hier hängt die Höhe der Entschädigung von dem jeweiligen Stande der Unfallfolgen ab. Eritt in den Verhältnissen, die für die Feststellung der Entschädigung maßgebend gewesen sind, eine wesentliche Veränderung ein, so kann eine anderweite Feststellung erfolgen. Auch in solchen Fällen, wo etwa die Berufsgenossenschaften eine Rente als „Dauerrente“ bezeichnen, hat diese Bezeichnung keine rechtliche Wirkung. Das Reichsversicherungsamt hat erst kürzlich wieder zu dieser Angelegenheit Stellung genommen und ausgeführt, daß die Fürsorge, die durch das Gewerbe-Unfallversicherungs-gesetz von dem betroffenen Personen gewährt werden soll, auf öffentlichem Recht beruht. Öffentliches Recht ist insbesondere der Teil des Gesetzes, in dem die Feststellung und Auszahlung der Entschädigung geregelt wird. Da aber öffentliches Recht durch private Vereinbarungen der Parteien nicht abgeändert werden kann, so ist eine Erklärung, durch die die Berufsgenossenschaft sich bereit erklärt, dem Versicherten eine Rente von bestimmter Höhe dauernd zu gewähren, während der Verletzte auf seine höheren Ansprüche gegen die Berufsgenossenschaft verzichtet, mit den zwingenden Vorschriften des öffentlichen Rechts nicht vereinbar und somit unwirksam. Noch weniger aber als solchen gegenseitigen Parteierklärungen kann irgend welcher einseitigen Erklärung dieser Art eine rechtliche Bedeutung beigegeben werden. Ähnlich verhält es sich auch mit der Festlegung von Rente bis zu einem bestimmten Zeitpunkt. Auch das ist unzulässig und rechtlich unwirksam. Bereits in früheren Jahren hat sich das Reichsversicherungsamt dahin ausgesprochen, daß Rentenfeststellungen und Inweisungen nicht von vornherein auf eine bestimmte Zeit zu beschränken sind. In einer Entscheidung weist das Reichsversicherungsamt auf die Unzulässigkeit der Festlegung eines in der Zukunft liegenden Endtermins für den Rentenbezug hin und fügt hinzu, daß die bloße Voraussetzung, daß eine Änderung der Verhältnisse eintreten werde, mag sie auch auf einem ärztlichen Gutachten beruhen, nicht zur Begründung eines Feststellungsbescheides genügt. In einem andern Falle war von der Berufsgenossenschaft die Rente im voraus für die Dauer von sechs Monaten und für die weitere Zeit eine geringere Rente festgesetzt worden, weil die Berufsgenossenschaft annahm, daß der Verletzte sich nach sechs Monaten an die Unfallfolgen gewöhnen werde. Das Reichsversicherungsamt hat dem aber nicht zugestimmt, sondern erklärt, eine solche Annahme genüge nicht, um die Herabsetzung der Rente für einen festen Zeitpunkt im voraus zu rechtfertigen. Schließlich sei noch bemerkt, daß in einer Anleitung für die zur Feststellung der Entschädigung zuständigen berufsgenossenschaftlichen Organe das Reichsversicherungsamt ausgeführt hat, daß die Beschränkung des Bezugsrechts durch Befügung eines bestimmten Endtermins unzulässig ist, es sei denn, daß die Feststellung sich unvermeidlicherweise verzögert hat, und inzwischen das Ende des Bezugsrechts bereits eingetreten ist.

Im Wilhelm-Theater findet am Dienstag, den 16. Juni ein Vortrag- und Unterhaltungsabend, verbunden mit Gartenkonzert statt. Unter der Mitwirkung von Fräulein Martha Bourée vom Schillertheater in Hamburg und den besten bekannten Herrn Orchesterleiter C. F. Nemeier vom Stadttheater Provisorium in Lübeck, verspricht der Abend ein sehr interessanter zu werden und können wir den Besuch bestens empfehlen.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Sorgfältig vorbereitet geht morgen, Dienstag, erstmalig die Sensations-Neuheit: „Lokomotivführer Claussen“ in Szene. Der Verfasser, der Kriminalkommissar Waldemar Müller, führt uns die Mängel und Schwächen des modernsten Verkehrsmittels, der Eisenbahn vor. Es liegt etwas Lebenswahreres in dem Dichtwerk. Die Titelfolle spielt Herr Lang, in dessen Händen auch die Spielleitung liegt. Anlässlich des Wasentinderfestes ist am Mittwoch eine Fremden-Vorstellung vorgesehen, die um 7 1/2 Uhr beginnt und um 10 Uhr beendet ist. Zur Darstellung gelangt letztmalig das reizende Lustspiel: „Das blaue Band“. Die Preise sind bedeutend ermäßigt.

Ratzeburg. Schwer verbrannt. Das fünfzehnjährige Dienstmädchen eines Fuhrers in Packendorf kam in der Küche dem Feuer zu nahe, und im Nu standen die Kleider in hellen Flammen. Laut um Hilfe schreiend lief das Mädchen auf die Dorfstraße, wo sich herbeieilende Nachbarn um die Unglückliche bemühten und die Flammen im nahen Dorfteiche erstickten. Das Mädchen hat schwere Brandwunden am ganzen Körper davongetragen, doch hofft man es am Leben zu erhalten.

Gräbner. Der Streit der Schiffszimmerer bei der Firma Hinzmann ist beendet. Gestrich worden ist eine Arbeitszeitverkürzung von 10 1/2 auf 10 Stunden, 2 Pf. Lohnerhöhung, ab 1. April kommenden Jahres 3 Pf. pro Stunde mehr. Leider ist es nicht gelungen, die ganze Forderung zu erreichen, weil sich eine Anzahl Streikbrecher gefunden hatte.

Kiel. Aus dem Fenster gestürzt. Beim Umzug stürzte am Freitagabend kurz nach 8 Uhr das Dienstmädchen Frieda Niebe des Sekretärs J. aus dem Fenster der in der 2. Etage des Hauses Kirchhofallee 28 belegenen Wohnung auf den Hof hinab. Wie man annimmt, ist dem Mädchen beim Abnehmen der Gardinen unwohl geworden. Außer einer klaffenden Wunde am Kopfe hat die Verunglückte anscheinend schwere innere Verletzungen erlitten. — Vergiftung durch Leuchtgas. Durch ausströmendes Gas wurde am Freitagabend kurz nach 10 Uhr im Hause Harnsstr. 3 die in ihrer Küche weilende Ehefrau Schütt betäubt. Beim Lesen hatte sie nicht wahrgenommen, daß ein Gasrohr offen stand. Die durch den Gasgeruch aufmerksam gemordene Nachbarn fanden die Frau bestimmungslos in der Küche liegen. Nach zweifelhafte Anwendung des Sauerstoffapparates durch die herbeigerufenen Samariter der Feuerwehr wurde die Frau zwar lebend, jedoch im hoffnungslosen Zustand nach dem städtischen Krankenhaus geschafft.

Bremen. Verschollen? Die „Bremer Bürgerztg.“ schreibt: Am 14. April d. J. ist der Argodampfer „Europa“ mit etwa 30 Mann Besatzung von Bremerhaven mit Dünge-salz nach Savanna in See gegangen. Von dem Schiff, das vom Norddeutschen Lloyd für diese Reise gechartert wurde und vom Kapitän Gyben geführt wird, fehlt bis heute jede Nachricht, ob es sein Ziel erreicht hat oder nicht. Das ist um so bedenklicher, als heute bereits ca. 30 Tage über die Zeit verstrichen sind, wo es den Bestimmungshafen anlaufen müßte. Sollte dem Schiff ein Unglück zugefallen sein, was man in seemannischen Kreisen befürchtet, dann wird man annehmen müssen, daß es in der Hauptsache auf seine mangelhafte Beschaffenheit zurückzuführen ist. Vor der Ausfahrt wurde der Dampfer einer notdürftigen Reparatur unterzogen, wobei die Schiffswand an verschiedenen Stellen mit Zement gedichtet werden mußte. Die Rieten konnten wegen der Schwäche der Schiffswand nicht wie beabsichtigt, zum Teil erneuert werden, man hat sich dann darauf beschränkt, den Rost zu beseitigen und die schadhafte Stellen mit Wanne zu versehen. Kein Wunder, wenn da die Besatzung des Schiffes schon mit dem größten Bedenken die Reise angetreten hat. Die in Frage kommenden Reedereien haben bis heute das Überfällige des Dampfers verschwiegen. Warum?

Letzte Nachrichten.

Breslau. 13. Juni. Den Tod dem Gefängnis vorgezogen hat ein Maurer, der in der heutigen Mittagsstunde von der Stadtgrabenbrücke, gegenüber dem Landgericht, ins Wasser sprang. Er war kurz vorher in einer Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Leiche wurde noch nicht aufgefunden.

Wohum. 13. Juni. Im Stadtbezirk Wohum-Pramme war eine Frau namens Krawatzki mit ihrem Bruder, dem Bergmann Sentowsky, auf dem Felde in Streit geraten. Hierbei entriß letzterer seiner Schwester die Parkett und spaltete ihr damit den Schädel.

München. 13. Juni. Durch Blitzschlag wurden heute vor mittag in der Umgegend etwa 30 Arbeiter, die vor einem Gewitter in einem Heuschuppen Schutz gesucht hatten, betäubt. Zwei sind verbrannt, sieben waren noch nachmittags betäubt.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 13. Juni.
Bauern-Butter Pfd. 1,10—1,20 Mt., Melerei-Butter, Pfd. —1,30 Mt., Hagen — Mt., Enten — Mt., Hühner 2,00—2,80 Mt., Ruten Stk. 0,80—0,90 Mt., Tauben Stk. 0,50—0,60 Mt., Gänse Pfd. — Pf., Fliedgans — Mt., Schinken Pfd. 0,95—1,05 Mt., Schweinskopf Pfund 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,15—1,30 Mt., Eier 9 u. 10 Stk. 60 Pfg., Heringe — St. — Pf., Dorsche gen., Süßwasserfische genü., Karpen Pfd. 1 Mt., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mt., Schleie Pfd. 1,20—1,40, Brachsen Pfd. 0,50—0,60 Pfg., Hechte Pfd. 60—70 Pf., Barsche Pfd. 70 Pf., Mal Pfd. 90—100 Pf., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,20—0,40 Mt., Kohl 100 Pfd. — Mt., Gurken 100 Pfd. — Mt., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mt., Pfeffer, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mt., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mt., Kirchen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mt., Mand Pfd. — Pfg.

Getreidepreise. Lübeck, 13. Juni.
Weizen, 120—127 Pfd. holl. 195—210 Mt. Roggen 115—125 Pfd. holl. 180—192 Mt. Hafer, nach Qualität 160—170 Mt., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 160—170 per 1000 Kilo.

Sternschanz-Viehmarkt 13. Juni.
Der Schweinehandel verlief ziemlich gut. Zugesührt wurden 1848 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 57 Mt., leichte 58—59 Mt., Sauen 46—52 Mt., und Ferkel 56—58 Mt. pro 100 Pfund.

Quittung.
Für den Preßfonds gingen ein:
Von Dampfer „Velle Jlle“ 1.— Mt.
Friedr. Meyer u. Co.

Literarisches.

„Kommunale Praxis.“ Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgegeben von Dr. A. S. S. u. M., Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Soeben erschienen Heft 21 und 22 des zweiten Quartals 1908. Der Inhalt ist reichhaltig und anregend. Die Artikel „Schulbücher in sächsischen Volksschulen“ sowie „Badeanstalten in kleineren Gemeinden“ dürfte unsern in kleineren Gemeinden tätigen Genossen wünschenswerte Anregung geben. Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich. Abonnementspreis 3 Mt. pro Quartal.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig; für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellmig. Verleger: E. H. Schwärz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

H. T. V.

Jeffkomiteeführung
Dienstag abend 9 Uhr.

Freitag nachmittag 6 Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwieger, Groß- und Urahmutter

Auguste Willert,

geb. Grimm

im 88. Jahre ihres rastlos tätigen Lebens. Auf's tiefste betrauert von ihren Kindern und Angehörigen.

Im Namen der Hinterbliebenen.

Fr. Willert.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. d. M., vorm. 9 1/2 Uhr, von der Kapelle Burgtor aus statt.

Beginn der Trauerfeier 9 1/4 Uhr.

Ein möbl. Zimmer zu verm.

Sadowastr. 12, pt.

M. möbl. Parterrezimmer

zu vermieten Lindenstr. 68 a. **Gesucht ein Tagemädchen,** welches die Schule verlassen hat, zu leichten häusl. Arbeiten.

Wleicherstr. 1, Ecke Falkenplatz (Hirtentor).

Alte Frau sucht Beschäftig. in Stricken und Nähen

Friedenstr. 90.

Eine gute Singerhandnähmaschine

zu verkaufen Schönkampstr. 14 a. **Per Zufall ein Nähmaschinen** billig zu verkaufen

Beckergrube 20, pt.

Ein guterhaltenes Fahrrad

umständehalber spottbillig zu verkaufen

Fleischhauerstr. 90, pt.

Zu verkaufen ein Ruderboot

Westhoffstr. 53, II., hinten.

Brautleute!

Diverse neue Möbel billig zu verkaufen.

Mühlenstr. 70, part.

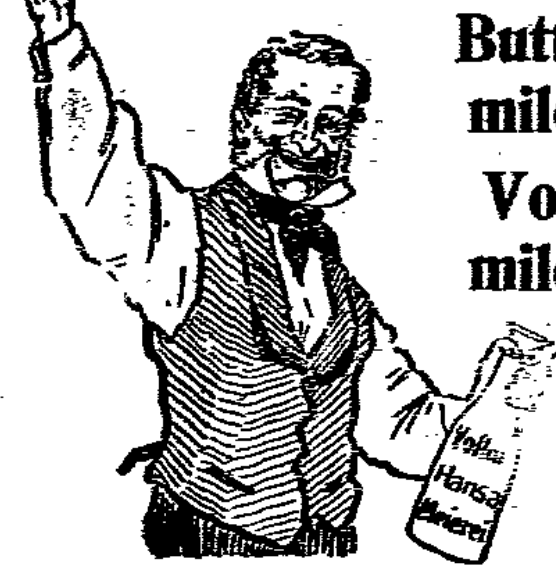
Zu besehen von 9-12 und 2-7 Uhr.

Allgemeine Lokal- u. Strassenbahn-Gesellschaft, Betriebsverwaltung Lübeck. Das Rauchen ist bis auf weiteres in unseren Anhängewagen gestattet.

Lübeck, den 10. Juni 1908. Die Betriebsverwaltung.

Der Labetrunk bei warmem Wetter

Buttermilch, Vollmilch.



à Flasche 5 und 10 Pfg.

Hansa-Meierei.

Rechnungs-Formulare

liefert die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten. Johannistr. 46.

In der Porter-, Bier- und Malzextract-Brauerei **Paul Flemming** finden Malzsurrogate (Eiweißstoffe) keinerlei Verwendung, wodurch sicherste Gewähr für reinste, bekömmlichste und nahrhaftigste Fabrikate geboten wird.

Man verlange daher in den einschlägigen Geschäften ausdrücklich obige Fabrikate und wende sich, falls diese dort nicht erhältlich, direkt an die Brauerei Engelsgrube 62.

Elmerbier, frisch: Jeden Dienstag und Freitag, abends von 6-9 Uhr.

Friedr. Meyer & Co.

Buchhandlung

Johannisstraße 46

Johannisstraße 46

empfehl folgende Schriften

- Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek in einzelnen Heften à 20 Pf.
- Alkoholfrage und Sozialdemokratie v. E. Wurm . . . 30
- Die Mutter als Erzieherin 50
- Der Kampf der Arbeiter v. A. Pannekook 20
- Sozialdemokratische Flugschriften à 10
- Agitationsbibliothek à 20
- Sozialistische Literatur v. P. Lensch 15
- Klassengegensätze im Zeitalter d. franz. Revolution 35
- Die neuen Reichssteuern v. Ed. Bernstein 30
- Lebensmittelzölle und indirekte Steuern, wer sie zahlt und wem sie nützen 10
- Die Währungsfrage v. M. Schippel 15
- Das kommunistische Manifest 20
- Zum Achtstundentag v. A. Braun 20
- Hochverratsprozeß liebknecht v. d. Reichsgericht 50
- Die Urteile d. Disziplinargerichte gegen Dr. K. Peters 40
- Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat . . . 10
- Schule, Kirche und Arbeiter 15
- Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisation . 20
- Knute und Bombe v. E. Klar 50
- Die Frau und der Sozialismus v. A. Bebel, gebunden 250
- Der Pfaffenpiegel v. Corvin geb. 4 Mk. od. in 10 Lief. à 30
- Internationale Bibliothek, sämtliche Bände.
- Bibliothek des praktischen Wissens: Rechte und Pflichten des Mieters 20 Pf., Rechte des Angeklagten 50 Pf., Erbrecht u. Testamente 75 Pf., Ehe- u. Familienrecht 75 Pf., Die Kunst der Rede 1 Mk., Das Vormundschaftsrecht 75 Pf., Das Recht des unehelichen Kindes 75 Pf.
- Führer durch das Krankenkassengesetz 30
- „ durch das Invalidenversicherungsgesetz 25
- „ durch die Strafprozeßordnung 40
- „ durch das Gewerbe- und Kaufmannsgericht 25
- „ für den Militärpflichtigen 30
- „ durch das Unfallversicherungsgesetz für land- und Forstwirtschaft 25
- „ durch das Bau-Unfallversicherungsgesetz 25
- Aberglaube aller Zeiten v. W. Fischer 50
- Evangelium eines armen Sünders v. Weitling 80
- Johannes Huß v. H. Lommel 25
- Die Freimaurerei v. Sassenbach 30
- Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik . . . 35
- Tyrannmord nach der Lehre der kath. Kirche 50
- Sozialdemokratisches Liederbuch 40
- Sturmlieder vom Meer v. Clara Müller 100
- Gekrönte Häupter 25 Hefte, jedes für sich abgeschlossen à 20
- Reclams Universal-Bibliothek à 20
- Die soziale Bedeutung der Genossenschaften von Dr. Fr. Oppenheimer 50
- Sozialliberalismus und Kollektivismus v. E. Bernstein 50
- Im Gefängnis, Judenmassakre, Geld etc. v. M. Gorki 30

In freien Stunden, Der wahre Jakob, Süddeutscher Postillon, Die Gleichheit, Die neue Zeit sowie viele andere Lieferungswerke von wissenschaftlichem Wert

Nicht aufgeführte Werke werden auf Bestellung baldigst geliefert.

Ich erkläre hierdurch ausdrücklich, daß ich von Herrn Geiger Richard Bülow hier selbst nichts zu fordern habe.

Ich behauere, am 6. d. Mts. eine gegenteilige Behauptung aufgestellt zu haben und nehme diese hierdurch zurück.

Lübeck, den 10. Juni 1908. Otto Dortmund.

Adolf Häbner, Uhrmacher u. Goldarbeiter, Günzhauf. 13

Uhren einsetzen 1.50 Mk. Taschenuhr reinigen 1.50 Mk. 1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhrmacher, Albinstr. 62, b. d. Gürtstraße. Gebe rote Rabattmarken.

Senegalvögel für Würfeltische billig, frische Ameiseneier u. sonstig. Vogelfutter. J. H. C. Wittfoth, Mengstraße 24.

Die Geächteten.

Sozialpolitischer Roman aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Von Wilhelm Blas.

In diesem Werkchen sind die Verfolgungen, denen die Sozialdemokraten in jener Zeit ausgesetzt waren, trefflich geschildert und erfährt das Parteileben jener Zeit eine Beleuchtung, welche den älteren Parteigenossen eine Erinnerung an jene Zeit und den jüngeren einen willkommenen Einblick in die Vergangenheit der Partei bringen dürfte. Diesem ersten Bande wird ein zweiter und dritter Band folgen, welche das Treiben der Anarchisten während des Sozialistengesetzes, sowie den Sturz Bismarcks, des Haupturhebers dieses Gesetzes, eingehend behandeln wird. Allen Parteigenossen ist dies Werk bestens zu empfehlen und kann der erste Band, der vollständig erschienen ist, in 6 Lieferungen à 20 Pfg. oder gebunden Mk. 2.- bezogen werden durch die

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**, Johannisstr. 46. sowie deren Kolporteurs. Johannisstr. 46.

Anzüge

für Herren und Knaben

Damen-Blusen, Röcke, Jacketts auf

Alte Kunden ohne Anzahlg.

Kredit

Enorme Auswahl. Leichteste Zahlungen.

S. Sachs

2. Schmiedestr. 2.



Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meierei-Butter

kostet Pfd. 1.30 Mt.

Öffentliche Kartell-Verammlung

am Dienstag, 16. Juni,

abends 8 1/2 Uhr.

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52

Tages-Ordnung:

1. Der Fahrentruger Konflikt.
2. Besprechung über den kommunalen Arbeitsnachweis.
3. Gewerkschaftsfeft.
4. Eingänge.

Vollständiges Erscheinen der Delegierten erwünscht

Die Kartellkommission.

Wilhelms-Theater.

Dienstag, den 16. Juni 1908:

Vortrags- und Unterhaltungsabend

verbunden mit Garten-Konzert, Jacobs Konzert-Orchester.

(Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.)

Mitwirkende: Oberregisseur C. F. Niemeier vom Stadttheater-Bronn. Lübeck.

Martha Boursée v. Schillerth. in Hambg.

Anfang des Konzerts 4 Uhr, des Unterhaltungsabends 8 1/2 Uhr.

Eintittspreis zum Konzert 20 Pfg., zum Konzert und Unterhaltungsabend 60 Pfg.

Partett an Tisch. Rauchen gestattet. Vorverkauf bei **Otto Borchert**, Zigarrengeschäft, Breitestraße.

Stadthallentheater.

Dienstag: 27. Abonnements-Vorstellung.

Neu! Neu!

Lokomotivführer Claussen.

(Im Dienste des Verkehrs.)

Sensationsstück in 4 Akten von W. Müller

Anfang 8 Uhr.

Mittwoch: Fremden-Vorstellung, Außer Abonnement.

Anfang 7 1/2 Uhr

Das blaue Band.

Logen 75 Pfg., alle übrigen Plätze 50 Pfg.

Der Polizeikommissar von Ziegenhals.

(Eine preußische Tragikomödie in drei Akten.)

Erster Akt: Zeit: 26. November 1907. Ort: Das Gewerkschaftslokal von Ziegenhals. In dem mittelgroßen Raume drängt sich Kopf an Kopf. Es soll eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden. Polizeikommissarius Piontek läßt monologisierend hin und her. Als vor 4 Wochen zum ersten Male so ein „Roter“ aus Breslau in diesem friedlichen Ortchen eine Versammlung hielt, da hatte er, der Herr Kommissar, in höchst eigener Person an der Diskussion sich beteiligt, um Ziegenhals zu retten. Der Erfolg war aber eigentümlicherweise nur eine unbändige Heiterkeit gewesen. Das zweite Mal hatte er dann die Versammlung zu verhindern sich bemüht, indem er vor Beginn die Leute nach Hause schicken wollte. Und nun ist heute schon wieder so ein Kerl aus Breslau da.

Die Versammlung beginnt. Der Sozialdemokrat wagt es, das heilige preußische Sinkerparlament zu kritisieren. Die Aufregung des Kommissars wird immer größer. Jeden Augenblick muß die Unruhe losbrechen. Da — ist sie: die Revolution. Der Redner hat das furchtbare Wort gesprochen. Nun ist das Vaterland zu retten. Der Kommissar springt auf. „Die Versammlung ist aufgelöst!“ tönt seine Stimme, — und der Staat ist wieder einmal gerettet.

Zweiter Akt: Wenige Tage später im Zimmer der Staatsanwaltschaft zu Neisse. — Staatsanwalt Guradze studiert in einem Schriftstück von höchster Wichtigkeit. Der Polizeikommissar Piontek von Ziegenhals zeigt an, daß der sozialdemokratische Agitator Soppich aus Breslau zum Klassenhaß und zu Gewalttätigkeiten aufgehetzt habe, indem er in der Versammlung vom 26. November die von ihm, dem Kommissarius, eigenhändig stenographierten Worte gesprochen habe: „Daß die Sozialdemokratie sich, wie die Genossen im Jahre 1848 mit Waffengewalt der Volksrechte bemächtigen werde.“ — Staatsanwalt Guradze schüttelt den Kopf: gab's denn 1848 schon „Genossen“? Aber der Polizeikommissar Piontek hat es wohl stenographiert, und ein preußischer Polizeikommissar irrt sich nicht. Während der Staatsanwalt sich ans Werk macht, die Anklage wegen Vergehen gegen § 130 des Reichs-Strafgesetzbuchs auszuarbeiten, fällt der Vorhang leise.

Dritter Akt: Zeit: 5. Juni 1908. Ort der Handlung: Der Strafkammeraal im Landgericht zu Neisse. Frech mustert der Staatsanwältler Soppich von der Anklagebank aus den finstern blickenden Zeugen Piontek, dem es nicht in den Kopf kommen will, daß so ein gefährlicher Kerl nicht einmal gefesselt ist. — Hinter dem Richterkollegium hat der Erste Staatsanwalt Meyer Platz genommen. Sein Gehilfe, Staatsanwalt Guradze, beantragt, wegen Gefährdung der Staatssicherheit die Öffentlichkeit auszuschließen. — Es geschieht!

Der Verteidiger beantragt, Sachverständige darüber zu vernehmen, daß die Sozialdemokratie ihrem Wesen nach keine Gewalttätigkeiten anstrebe und daß es 1848 noch keine Sozialdemokraten gegeben habe und daß der inkriminierte Satz deshalb gar nicht gesprochen worden sein kann. — Der Antrag wird abgelehnt: der Polizeikommissar hat es doch stenographiert! — Wieder ein Antrag des Verteidigers: Zeugen darüber zu vernehmen, daß Piontek unfähig sei, eine Versammlung zu überwachen. — Der Antrag wird abgelehnt.

Der Mann im „King Edward“.

Kriminal-Roman von Friedrich Thieme.

(41. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ich gehorchte, in der Überzeugung, daß er heute nacht seinen Zweck unmöglich nicht erreichen werde. Meine List hatte mindestens eine Verspätung von einer Stunde geschaffen, die Strecke eingerechnet, die wir wieder zurück mußten, bevor wir den richtigen Weg wieder aufnehmen konnten. Mitternacht würde herankommen, bevor wir bei dem Anwalt eintrafen. Um diese Stunde konnte ihn der Baron doch wohl nicht mehr stören. Oder würde er es doch versuchen?

Ich freute mich, daß alles so gut abgelaufen war und harpte nun in aller Gemütsruhe des Donnerwetters, das über mich losbrechen würde. Doch ich harpte vergebens. Kein Vorwurf, keine Verwünschung kam aus dem Munde des Barons. Nur ein paar Mal nach mir herum blickte er und wandte dann hastig seine Augen wieder von mir weg. Wie sollte ich das deuten?

Und als wir die Straße nach Frankfurt erreichten, schlug er zu meinem Erstaunen die Richtung nach dem Landhaus ein. Er hatte also keine Absicht als für heute undurchführbar aufgegeben.

Oder leitete ihn ein anderer Beweggrund? Hatte er meinen englischen Akzent gehört und gegen mich Mißtrauen geschöpft? Denn bei meiner Vorstellung hatte ich ihm gesagt, daß ich nur deutsch verstände! Wenn meine Vermutung nicht trugte, so war er auch klug genug, zu wissen, daß er verloren war! Daß die Zurückhaltung des Dokuments für ihn nichts mehr bedeutete! Er würde dann womöglich mit seiner Gemahlin noch in der Nacht zu fliehen versuchen — da galt es aufzuwachen! Nicht eine Minute durfte der Schlaf über mich Herr werden! Wir langten wohlbehalten an, der Baron warf mir ohne ein Wort den Bügel zu und schritt nach dem Hause. Ich sorgte für das Gefährt und den Schimmel, dann legte ich mich wieder am Fenster auf die Lauer. Aber diesmal war ich auf alles vorbereitet: im Bereich meiner Hand lag ein Geschläufiger, zum Gebrauch fertig. Nicht, daß ich mich geschüchelt hätte: Das Risiko eines zweiten Mordversuchs konnte der Verbrecher nicht auf sich laden. Aber ich konnte in die Lage kommen, seine Furcht zu verhindern, ihn

Zeuge Piontek tritt auf. — Der Verteidiger fragt. — Piontek stockt und schwigt. — Der Staatsanwalt erhebt sich vom Stuhle. — Am Richterisch immer längere Gesichter. — Der Verteidiger fragt weiter. — Piontek stockt noch mehr. — Da ruft der Staatsanwalt plötzlich: „Aber Herr Kommissarius! Heute machen Sie ja ganz andere Angaben, als in der Anzeige!“ — Der Präsident fragt nach dem Stenogramm. — Der Zeuge Piontek gibt kleinlaut die Auskunft, daß der Kommissarius gar nicht stenographieren kann. — Köhl tönt die Stimme des Vorsitzenden durch den Saal: „Auch ein gemeinlicher Polizeikommissar kommt ins Zuchthaus.“ — Den Zeugen Piontek will sein Gedächtnis jetzt ganz verlassen. — Der Erste Staatsanwalt hat genug; er verläßt den Saal. Sein Gehilfe aber verzichtet auf weitere Beweisaufnahme, da er die Anklage nicht mehr aufrecht erhalten könne. Doch der Verteidiger läßt nicht locker, bis durch Einvernahme von Entlastungszeugen und durch ein Plädoyer das Bild von dem zur Versammlungsüberwachung unfähigen Polizeikommissar vollständig ist.

Der Gerichtshof berät. — Vor dem Staatsanwalt Guradze steht der geknickte Zeuge Piontek. Mit schneidender Stimme ersucht er diesen, nach der Sitzung einmal in sein staatsanwaltliches Amtszimmer zu kommen. Angstlich fragt Piontek, wo das liege. „Vielleicht zeige ich Ihnen das noch,“ hört man den Staatsanwalt replizieren.

Die Richter kommen zurück. Der Vorsitzende verkündet das Urteil: der Angeklagte wird freigesprochen; die Kosten werden der Staatskasse auferlegt, auch die persönlichen des Angeklagten, mit Ausnahme der Verleumdungsgebühren, da der Angeklagte als wohlgebildeter Mann und mit der durch seine langjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung erworbenen Gewandtheit keinen Verteidiger gebraucht habe.

Der Vorhang fällt zum letzten Male, und der Phantastie der Zuschauer bleibt es überlassen, sich die Schlussszene im verschwiegene Zimmer des Staatsanwalts auszumalen.

Gardeprügel.

Unter dieser Stichmarke berichteten wir Sonnabend kurz über einen Soldatenschinderprozeß, der sich in den letzten Tagen in Berlin abspielte. Wir lassen nun nachstehend einen ausführlichen Bericht über die mehrtägigen Verhandlungen folgen:

Unter Anklage standen: Sergeant Balk (3. Kompagnie), Bizefeldwebel Karl Walter, Bizefeldwebel Holzapfel, Bizefeldwebel Max Biermann, Feldwebel Christian Buchhop und Leutnant v. Völtrings Löwen. Die Vorgänge, die zu dem Prozeß führten, liegen schon fünf Jahre zurück. Die Angeklagten Balk, Holzapfel und Biermann sollen in den Jahren 1902 und 1903 in Berlin und in Döberitz ihre Untergebenen fortgesetzt mißhandelt haben. Bei Balk nimmt die Anklage mindestens 300, bei Holzapfel mindestens 200 und bei Biermann 100 Fälle von Mißhandlungen an. Balk und Holzapfel wird ferner zur Last gelegt, Untergebene unter Drohung von der Verschwerdung abgehalten und die Mannschaften durch Mißbrauch der Dienstgewalt zum Belügen eines Vorgesetzten veranlaßt zu haben. Der Feldwebel Buchhop und der Leutnant v. Völtrings Löwen sollen die ihnen obliegende Aufsicht Untergebener verabsäumt und dienstliche Meldungen unterlassen haben. Vor der Vernehmung der Angeklagten beantragt Kriegsgerichtsrat Dr. Raschke den Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Gericht beschließt nach längerer Be-

ratung, die Öffentlichkeit während der Vernehmungen des Angeklagten Balk und des Zeugen David auszuschießen, da eine Gefährdung der Öffentlichkeit in Betracht käme. Das Gericht spricht die Hoffnung aus, daß bei anderen Vernehmungen, bei denen gleichartige Dinge zur Sprache gebracht würden, in der Presse in passender Weise berichtet werde. Es werden dann die Angeklagten vernommen, die meist ihre Schuld bestreiten. Als erster Zeuge wird der frühere Bataillonskommandeur Oberstleutnant Freiherr v. Spehardt aufgerufen. Er entsinnt sich, daß seinerzeit ein Mann wegen einer Verletzung bei ihm gewesen sei, und daß dieser in Revierbehandlung gekommen sei. Der verletzte Grenadier Vühr hatte angegeben, daß er beim Verleuten von einem Kameraden versehentlich gestoßen worden sei. Von einer Mißhandlung wußte der Zeuge nichts. Der nächste Zeuge, der frühere Kompagniechef Major Graf v. Görz hat niemals Meldungen über Mißhandlungen Untergebener entgegengenommen. Immer wieder habe er die Grenadiere, sobald die Kompagnie vereint war, gefragt, ob sie irgendwelche Klagen hätten, doch niemals habe sich jemand gemeldet. Die Angeklagten seien vorzügliche Soldaten, und sie hätten auf ihn stets einen guten Eindruck gemacht. Er hätte mit seinen Unteroffizieren Ehre einlegen können, und jeder Kompagniechef könne stolz sein, wenn er solche Unteroffiziere habe. Major Palm sagt aus, daß er sehr häufig gesehen habe, wie Holzapfel die Leute im Dienst geschlagen und mißhandelt hat. Daß Balk viel geschlagen habe, darüber sei in der Kaserne oft gesprochen worden. Er habe sich gewundert, daß die Leute nichts meldeten, es wurde ihm aber bald klar, daß es nicht üblich war, Mißhandlungen zu melden. Es sei auch in anderen Kompagnien geschlagen worden. Erst als der Fall Breitenbach bekannt wurde, meldeten die Soldaten fast stets sofort erlittene Mißhandlungen. Der nächste Zeuge Krieger, ein ehemaliger Grenadier Holzapfels, glaubt nicht, Mißhandlungen erduldet zu haben, da er Dreizehn und andere Schläge, die er erhalten, nicht als solche ansieht. Bei der Vernehmung des folgenden Zeugen, des früheren Grenadiers David, wird die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen. Da der Zeuge einer derjenigen ist, die am meisten zu erdulden hatten, so währt die Vernehmung längere Zeit. Der Zeuge Henke bekundet, daß er von Balk öfter geschlagen worden ist. Einmal erhielt er Schläge mit der Stallgasse, auch Faustschläge und Fußtritte waren keine Seltenheit. Am meisten wurde in der Instruktion geschlagen. Fast alle Kameraden seien von Balk gemohnheitsmäßig geschlagen worden. Balk und Holzapfel hießen unter den Mannschaften „Leutehinder“. Auch mit der Kloppeitische wurde geschlagen. Der Zeuge hat einmal beobachtet, wie Vühr mit der Kloppeitische von Holzapfel mißhandelt wurde und zusammenbrach. Leutnant v. Oldenburg hat Balk in anderen Kompagnien als Muster hingestellt. Leutnant v. R., Regierungsbaumeister Hellwig, der als Einjährig-Freiwilliger beim 4. Garderegiment diente, entsinnt sich, daß Walter die Leute, wenn sie beim Schießen auf der Pistole lagen, mit dem Seitengewehr geschlagen hat. Zeuge Grünwald ist häufig geschlagen worden. Abends trat oft die Kloppeitische in Aktion. Grünwald hat gesehen, wie Vühr von einem Vorgesetzten mit der Kloppeitische aus Ohr geschlagen wurde, so daß das Trommelfell erkrankte. Auch der Grenadier Arp, der jetzt im Irrenhause weilt, wurde häufig mißhandelt. Arp wurde einmal von dem Angeklagten Walter geißelt, ob er mehr Angst vor dem Oberst oder vor ihm selbst habe, worauf Arp erwiderte: „vor dem Oberst“. Walter antwortete: „Naja, der Oberst tut dir nichts, aber ich schlage dir in die Schraube!“ Ein anderer Grenadier mußte die Kupferung hören: „Erst wenn du freier bist, kriegst du einen Tag frei!“ Bei einigen Schlägen kam es vor, daß die Haut plagte. Schwere Zeiten hatte der Zeuge Meyer, der unter Balk diente, zu überstehen. Er hat noch heute unter den nachwirkenden Folgen der ausgestandenen Mißhandlungen zu leiden. Verhandlungsführer: „Wie oft sind Sie geschlagen worden?“ Zeuge: „Öfter!“ Verhand-

selber festhalten zu müssen, und dazu bedurfte ich der Waffe!

Zu meiner Verwunderung verließ die Nacht völlig ungestört. Ich begann zu hoffen, daß der Baron in seiner Verleumdung meine Bemerkung nicht gehört oder doch nicht darauf geachtet habe, und dachte über den Vorwand nach, unter welchem ich Urlaub erbitten sollte. Ich mußte spätestens halb neun fort — und sollte es unter der Vorpiegelung einer plötzlichen Erkrankung geschehen.

Halb sieben ging der Diener an mir vorbei. Er sollte so schnell als möglich einen Brief des gnädigen Herrn besorgen, sagte er. „So früh?“ dachte ich, was kann das bedeuten? Etwas ist im Werke.“

Der Diener kam gegen acht Uhr zurück, eine Viertelstunde später betrat zwei Polizisten den Hof. Einer von ihnen, mich an der Stalltür erblickend, kam auf mich zu und fragte: „Wer ist hier der Kutscher Viktor Mai?“

„Der bin ich selbst.“

„Sie? So folgen Sie uns — Sie sind verhaftet.“

Ich prallte bestürzt zurück.

„Ich verhaftet? Weshalb denn?“

„Das werden Sie schon Zeit genug erfahren. Kommen Sie!“

Was sollte ich machen? Die beiden Männer führten nur den Auftrag eines Vorgesetzten aus, sie besaßen kein Recht, von der Arretur abzustehen, auch wenn ich es für opportun erachtet hätte, mich zu erkennen zu geben. Denn daß hier eine Intrigue des Barons vorlag, stand für mich fest. Der Brief, den er in die Stadt geschickt hatte, war an die nächste Polizeistation adressiert gewesen. Der Diener war angewiesen, sobald er die nächste Haltestelle der Straßenbahn erreichte, sich der Elektrischen zu bedienen. Der raffinierte Galante hatte mich irgend eines Verbrechens beschuldigt, und zwar eines schweren Verbrechens, so daß der Inspektor genötigt war, meine vorläufige Festnahme zu verfügen. So und nicht anders konnte es sein!

Der Mörder hatte mich durchschaut — meine Kenntnis des Englischen öffnete ihm die Augen über mich, besonders, wenn er sich meine Bildung und eine Reihe anderer Umstände vergegenwärtigte, die ihm vorher unauffällig erschienen waren, nun aber auf einmal eine besondere Bedeutung für ihn gemannen. Er fürchtete mein Eingreifen: ich mußte unschädlich gemacht werden, sei es auch nur für einen oder mehrere Tage! Seiner Meinung nach war ich wahrschein-

lich ein auf eigene Faust operierender englischer Detektiv, den niemand hier kannte, der bei niemand akkreditiert war, und der Zeit brauchen würde, sich zu legitimieren und seine Qualifikation nachzuweisen.

Wahrhaftig, ein schlauer Coup — und des Mannes würdig, der den raffinierten Lord in Birkenhead auf dem Gewissen hatte!

Ich knirschte mit den Zähnen: für den Augenblick hatte er mich überlistet! Das beste war, mich ruhig zu fügen, um auf der Station möglichst auf der Stelle meine Freilassung zu bewirken. Denn die angebliche Verhandlung bei dem Justizrat würde der Mörder sicherlich einhalten, er hoffte auf eine große Summe baren Geldes; bevor er sie nicht in Händen hielt, würde er nicht fliehen! Für solange glaubte er mich unschädlich gemacht.

Der eine der Polizisten begab sich noch hinaus zu dem Herrn Baron, mit dem er wohl eine Viertelstunde konferierte, während dieser Zeit lag ich an der Seite seines Kameraden, mit Handschellen gefesselt, in der Droßkoffe, in welcher die beiden Beamten gefangen waren.

Nachdem er zurückgekehrt, führen wir ab: Der Detektiv Raphael wurde in Fesseln nach der Stadt transportiert und der Mörder und Verbrecher stand am Fenster und blickte ihm hohnlachend nach!

Neunzehntes Kapitel.

Die große Abrechnung.

Als wir eine Strecke von dem Landhause entfernt waren, mußte ich lachen, wirklich lachen! Der Baron hatte mir in Wahrheit einen Gefallen getan! Ich kam auf diese Weise fort, ohne durch irgend einen Vorwand vielleicht Mißtrauen zu erwecken. Meine Transporteure guckten mich erstaunt, ja entrüstet an.

„Was haben Sie denn zu lachen?“ schnauzte der eine. „Meine Herren“ entgegnete ich, „Sie machen sich eines großen Irrtums schuldig. Sie sind freilich nicht dafür verantwortlich. Die Wahrheit wird sich bald genug herausstellen.“

Sie wechselten einen ungläubigen Blick, ohne etwas zu erwidern.

„Wer hat den Befehl zu meiner Verhaftung gegeben?“ erkundigte ich mich. „Polizeinspektor Niebeck.“

...führer: „Wie oft? 100, 100 mal?“ Zeuge: „Jawohl! Ich weiß selbst nicht!“ Der Zeuge schildert all die Mißhandlungen, die er erdulden mußte. Mähfam stößt er die Worte hervor. Bei der ersten Vernehmung machte er seine Aussagen unter Tränen. Auf dem Rücken des Zeugen hat Walter einmal eine Stiefelkappe entzwei geschlagen. Beim Zielen hat sich Biermann zweimal mit beiden Beinen auf den Rücken des Zeugen gestellt, so daß der Gepeinigete vor Schmerz stöhnte. Als der Zeuge von Vernehmung sprach, erwiderte ihm Valt: „Du Schwein, du willst auch noch meiben; dich bringen wir noch auf die Festung!“ Der nächste Zeuge Vuhr ist einmal von Valt auf der Stube so geschlagen worden, daß er bewußtlos zusammenbrach und ein Ohrleiden davontrug; er meldete dem Kompaniechef, daß er beim Schießen verlesenlich gestossen worden sei. Valt hatte es ihm so bescholen. Der Generaloberarzt, der seinerzeit Vuhr behandelte, stellte eine Verletzung des linken Trommelfells fest. Davids und Vuhr wurden ohne Rücksicht vom Militär entlassen. Der frühere Grenadier Grell erhielt einmal von Polzapfel den Befehl, das Gewehr zu holen, und als dies geschehen war, ließ er ihn vor die Brust, warf ihn zu Boden und schlug ihn dann weiter. Wenn der Zeuge beim Zielen auf der Erde lag, erhielt er von Biermann Fußtritte ins Kreuz. Der Zeuge Engels beklundet, daß er unzählige Male mißhandelt worden ist. Fast täglich wurde geschlagen. In Döberitz wurde Vuh von Valt, weil er in der Instruktion eine Frage nicht beantwortete konnte mit dem Feuerhaken so lange geschlagen, bis er ohnmächtig wurde. Auf der Stube verfecht Biermann den Leuten Fußtritte und Faustschläge in die Zähne. Der Zeuge Heinrich hat den Grenadier Vuh oft mit blutigem Gesicht gesehen. Auch beim Unterriht hat er oft geblutet. Heinrich hat einmal nicht gut gezielt und erhielt dafür von Biermann einen so starken Schlag vor die Stirn, daß er ohnmächtig umfiel. Bei den weiteren Vernehmungen drehte es sich hauptsächlich um die Mißhandlungen des Angeklagten Polzapfel. Die meisten der Zeugen sagen fast in der gleichen Weise über die ihnen zugefügten Mißhandlungen aus. Ein Teil dieser Leute ist auch von dem Angeklagten Biermann geschlagen worden.

Zum Schluß seien hier noch die Ausführungen des Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Dr. Matsche, wiedergegeben: Die Verhandlung hat, so führte der Vertreter der Anklage aus, ein recht trübes Bild über die Zustände in der dritten Kompanie des vierten Garderegiments in den Jahren 1902 und 1903 ergeben. Vor einer Woche ist bereits ein großer Mißhandlungsprozeß geführt worden, und damals fiel die Äußerung eines Verteidigers: „Der Soldat wird zum Kriegshandwerk erzogen, deswegen herrscht auch im Frieden ein etwas rauher Ton.“ Dies mag richtig sein, aber wir werden die Mißhandlungen unmöglich für immer in der Armee ausrotten können. Kommen aber solche Verfehlungen zur Kenntnis des Gerichts, so müssen die Missetäter bestraft werden. Anders ist es aber bei Mißhandlungen, die so systematisch betrieben werden. Diese sind ein Krebsgeschwür in der Armee, und bei ihnen muß das Messer tief angelegt werden. Solche Vorgeseht können nicht in der Armee bleiben. Wir sehen, daß meist solche Leute geschlagen werden, die körperlich und auch geistig etwas schwach sind und die den dienstlichen Anforderungen nicht voll entsprechen können. Als Milderungsgrund kann vielleicht in Betracht kommen, daß die Angeklagten in dem „Enitem“ groß geworden sind. Es sind bei den Angeklagten Valt, Polzapfel und Biermann von der Anklage 300, 200 und 100 Mißhandlungsfälle angenommen worden. Da die Mißhandlungen in fortgesetzter Weise und immer an denselben Untergebenen verübt worden sind, so ist eine einheitliche Handlung anzunehmen. Man könnte ja ebenso gut 500, 800 und 1000 Fälle annehmen. Auch der angeklagte Leutnant von Vültringsblöwen hat nicht seine volle Pflicht als überwachender Offizier getan. Nach einem mehr als einstufigen Majorat beantragte der Vertreter der Anklage gegen den Sergeanten Valt 1 Jahr 8 Monate Gefängnis und Degradation, gegen Bizefeldwebel Polzapfel 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und Degradation, gegen Bizefeldwebel Biermann 1 Jahr 4 Monate Gefängnis und Degradation, gegen Bizefeldwebel Walter 3 Monate und 14 Tage Gefängnis, gegen Feldwebel Buchhop 6 Wochen gefindnen Arrest und gegen Leutnant Vültringsblöwen 14 Tagen Stubenarrest. Das Urteil lautete, wie schon gemeldet, gegen den Sergeanten Valt auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und Degradation, gegen den Bizefeldwebel Polzapfel auf 1 Jahr Gefängnis und Degradation, gegen den Bizefeldwebel Biermann auf 11 Monate und 3 Wochen Gefängnis, gegen Walter auf

4 Wochen gefindnen Arrest. Die Angeklagten Feldwebel Buchhop und Leutnant v. Vültringsblöwen wurden freigesprochen.

Soziales und Partelleben.

Eine langwierige Aussperrung. Vor zwei Jahren wurden in Magdeburg die freitragenden Malergehilfen wegen ihrer Organisationszugehörigkeit von dem Arbeitgeberverband für das Malergewerbe ausgesperrt. Mit den Hirsch-Duncker schlossen die Unternehmer einen sogenannten Tarifvertrag ab, der aber wegen seiner Unzulänglichkeit fortgesetzt von den freitragenden Malern bekämpft wurde. Bei der Aussperrung blieb es — die Hirsche waren haben im Korbe und fast schien es, als ob die Unternehmer dabei Seide spinnen würden oder gesponnen hätten. Da kam die Vereinbarung eines Normaltarifs zwischen dem Zentralvorstand der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Malergewerbe. Der Magdeburger Arbeitgeberverband hob darauf die Aussperrung auf und trat an die freitragenden Maler mit dem Ersuchen heran, zur Vereinbarung eines auch für diese günstigen Lohns eine Sitzung einzuberufen. Die Sitzung kam und die Malergehilfen erfuhr nun, daß die Unternehmer schon nach einer Gelegenheit gelehrt hatten, die Aussperrung aufheben zu können. Es war ihnen lange nicht immer gelungen, die freitragenden von den getreuen Hirschen zu unterscheiden und selbst überreizte Unternehmerverbände hatten durchaus nicht immer die Aussperrung respektiert. Ein Ergebnis hatte die Sitzung, an der auch zwei Hirsch-Duncker teilnahmen, jedoch keinesfalls, die freitragenden Maler bestanden auf höhere Lohnsätze, als in dem mit den Hirschen abgeschlossenen Tarif vorgesehen sind. Die Unternehmer lehnten das ab mit der sonderbaren Begründung, sie würden damit den Hirschart durchbrechen und wortbrüchig wolkten sie nicht werden. Stolz lieb ich den Spanier! Und die Hirsche erklärten auf eine Frage des Unternehmervorstandes: „Unser Tarif soll nicht abgeändert werden!“ Hätten sie in diesem Augenblick etwas Steifigkeit gezeigt, dann wären die fadenstimmigen Gründe der Arbeitgeber über den Haufen geworfen worden und die Malergehilfen hätten sich insgesamt einer Lohnaufbesserung erfreuen können. Das Verhalten ist aber ganz Hirsch-Dunckerisch. Was nun werden soll, steht noch dahin. Die Entscheidung dürfte in einigen Monaten fallen, wo die Tarife im Malergewerbe ablaufen.

Das heimliche Gericht. Mit schwarzen Tüchern kommen die Unternehmer anscheinend schon nicht mehr aus. Sie halten in Einzelfällen noch besondere Anträge, um nur ja keine Verurteilungen einzustellen. Dabei wird ein Weg gewählt, auf dem die Arbeiter dem Rache- und Haßgefühl gewissenloser Unternehmer, deren es ja auch wohl gibt, geradezu preisgegeben werden. Dem „Vorwärts“ liegt ein vervielfältigtes Zirkular vor, das so aussieht:

Carl Flor
Maschinenfabrik.
Berlin N., 4. den
Chausseest. 35.
Vertraulich.

Abteilung 18.
Der bei Ihnen angeblich vom
beschäftigt gewesene
bewirbt sich um Arbeit bei mir. Ich frage daher ergebenst bei Ihnen an, ob Genannter ein tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter ist, wie sein Betragen bei Ihnen war und besonders, ob er kein Aufwiegler, Hezer oder dergleichen ist.

Für Ihre gefl. Bemühungen sage ich Ihnen im voraus verbindlichen Dank und versichere Sie strengster Diskretion.

Ihre freundliche Mitteilung bitte ich auf der Rückseite dieses niederzuschreiben.

Zu Gegendienst stets gern bereit, zeichne ich hochachtungsvoll
pro Carl Flor.
(Unterchrift.)
I. Freitwert.

Wenn ein Arbeiter wegen Differenzen (zu einem Unternehmer kündigt, so kann er von diesem sehr leicht das Zeugnis bekommen, er sei ein Hezer und Aufwiegler, und er ist verurteilt! Gegen diese Art Terrorismus ringt sich die Blockpresse auch nicht ein Wort der Entrüstung ab.

Die Gewerkschaften Berlins im Jahre 1907. Aus dem Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission entnimmt der „Vorwärts“ folgendes: Die Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen betrug Ende des Vorjahres 235 980 gegen 232 079 Ende 1906. Das ist ein Verlust von 16 089 Mitgliedern, Verlust an Mitgliedern haben zu verzeichnen: Bauarbeiter 4996, Maurer 4600, Holzarbeiter 3845, Zimmerer 1157, Maler 949, Töpfer 324, Glaser 274, Bildhauer 264, Stukka-

teure 252, Tapezierer 197, Stein- und Marmorarbeiter 76, Dachdecker 48, Handels- und Transportarbeiter 2523, Fabrik- und Hilfsarbeiter 385, Maschinisten (Sektion im Schneiderverband) 1232. Dann folgen mit ganz geringen Verlusten eine Reihe anderer Gewerkschaften. Insgesamt sind 88 Organisationen von dem Mitglieder-Verlust betroffen. Eine Mitglieder-Zunahme haben fünfundzwanzig Gewerkschaften zu verzeichnen. An erster Stelle stehen hier die Textilarbeiter mit 1085; dann folgen die Steinleger mit 675, die Buchdruckerei-Hilfsarbeiter mit 689, Buchdrucker mit 561, Metallarbeiter mit 510, Buchbinder mit 349, Bäcker mit 316 und die Schneider mit 300 Zunahme. Eine auffällige Erscheinung ist die Fluktuation. 101 296 Mitglieder, darunter 12 906 weibliche, wurden als ausgetreten bzw. abgereiht aufgeführt. Das ist im Jahre 1907 ein Mehr von 38 122 gegen 1906. Ganz besonders kraß ist die Fluktuation bei den Bauarbeitern und bei den Berliner Hausdienern (Sektion des Handels- und Transportarbeiterverbandes). Fast noch größer ist die Fluktuation unter den weiblichen Mitgliedern. Wir zählen derer 16 982. Im Jahre 1907 sind 11 307 ein- und 12 906 ausgetreten, demnach sind 1599 Personen mehr aus- als eingetreten. Interessant gestaltet sich das Stärkeverhältnis der Organisationen. An erster Stelle steht der Deutsche Metallarbeiterverband mit 63 109 Mitgliedern, ihm folgt der Handels- und Transportarbeiterverband mit 31 200 und der Holzarbeiterverband mit 24 209, die Maurerorganisationen mit 11 124, der Buchdruckerverband mit 8888, die Organisation der Schneider mit 8901, die der Bauarbeiter mit 6426, Buchbinder mit 6393, Fabrikarbeiter mit 6011 und der Gemeindefreiarbeiterverband mit 5339 Mitgliedern. Diese zehn Organisationen haben einen Mitgliederbestand von zusammen 173 061 Personen. 1000 bis 5000 Mitglieder haben 16 Gewerkschaften. Es zählen hierzu: Bäcker, Bildhauer, Brauer und Brauereiarbeiter, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter, Gärtner, Gastwirtsgehilfen, Handlungsgehilfen, Lithographen, Maschinisten und Seiler, Sattler, Schmiede, Schuhmacher, Tabakarbeiter, Tapezierer, Textilarbeiter und Töpfer, 18 Gewerkschaften haben 500 bis 1000 Mitglieder. Photographen haben 231, die Photographen und Schriftf. der je 197, Technisches Wägenpersonal 170, Kgl. Schen 167, Handschuhmacher 168, Blumen- und Blätterarbeiter 100, Formenstecher 68, Lagerhalter 66 und Zigarrenfortierer 56 Mitglieder. Es sind dieses die zehn kleinsten Organisationen.

Vor Zug nach Schweden werden die Bäcker gewarnt. In 22 Städten Schwedens laufen in diesem Jahre, teilweise schon am 1. Juni, die mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife ab. Alle Verhandlungsversuche mit den Arbeitgebern sind bis jetzt erfolglos verlaufen. Es ist somit damit zu rechnen, daß circa 1100 Bäckerarbeiter Schwedens in Stockholm und anderen Städten des Landes in den nächsten Wochen in den Ausstand treten oder von den Arbeitgebern ausgesperrt werden. Deshalb werden die Bäcker überall ersucht, darüber zu wachen, daß nicht schwedische Streikbrecheragenten in den übrigen Ländern Streikbrecher für Schweden anwerben können! Jeder Zug von Bäckern ist bis auf weiteres nach Schweden fernzuhalten.

Hausdurchsuchung nach staatsgefährlichen Lieberbüchern. Neuerdings haben es, wie der „Vorwärts“ berichtet, der seit Jahren unbefehligt gebliebene Sozialistenmarsch und das Lied der Arbeitsmänner der Berliner Polizei angetan und so machten sich am Donnerstag zahlreiche Polizeibeamte auf die Suche nach Lieberbüchern, in die diese beiden Lieber aufgenommen sind, vor allem nach dem von Lipinski herausgegebenen „Singe mit“. Die Vorwärts-Buchhandlung hatte solche Bücher zufällig nicht am Lager, konnte deshalb keine ausliefern, aber in der mit der Expedition verbundenen Buchhandlung wurden schließlich doch noch einige Lieberbücher vorgefunden und mitgenommen. In aller Frühe waren schon zahlreiche Parteispediture durch polizeilichen Besuch überrascht worden, die vorgekommenen Hausdurchsuchungen waren jedoch wenig erfolgreich. Bei dem Kassierer des Arbeiter-Sängerbundes beschlagnahmte die Polizei 808 Exemplare des vom Arbeiter-Sängerbund herausgegebenen Lieberbuches. Die Maßnahme der Polizei ist gänzlich unverständlich, wenn man bedenkt, daß die beiden inkriminierten Lieber seit Fall des Sozialistengesetzes und beanstandet überall gesungen werden konnten, teilweise sogar — wenigstens der Sozialistenmarsch — seit 18 Jahren von Gesangsvereinen mit Genehmigung der Polizei bei zahlreichen Arbeiterfestlichkeiten. Aber da es der Polizei nicht strikte verboten ist, unverständliche Handlungen auszuüben, so macht sie eben von dem Recht, sich möglichst oft zu blamieren, ausgiebigen Gebrauch.

Ein Agitator des Reichslügenverbandes verhaftet. Wie konnte die Geschäftsstelle Hannover des Reichslügenverbandes während des jüngsten Wahlkampfes doch so

„Zu ihm bringen Sie mich?“
„Jawohl.“
„Danke.“
Wir langten beim Polizeinspektor Riebeck an. Die beiden Polizisten wollten mich ohne weiteres einer Zelle überantworten, ich verlangte jedoch, unverzüglich den Inspektor zu sprechen. „Die Folgen auf Ihr Haupt“, erklärte ich, „als sie mich grob abwies, ich bin englischer Detektive und der Denunziant will sich meiner entledigen. Der Herr Polizeichef kennt mich und wird auf der Stelle meine Freilassung verfügen. Von einer Stunde hängt vielleicht die Ergreifung des Verbrechers ab, welcher den Doktor Garras in Virenhead ermordet hat.“
Da haben sich beide wieder an.
Der Herr Baron hat gerade angegeben, daß Sie wahrscheinlich versuchen würden, sich für einen Detektive auszugeben, brumnte der Größere von ihnen. „Auf den Leim fallen wir nicht hinein.“
„Sie glauben mir nicht? Ich warne Sie. Hören Sie.“
Ich brachte mein Anliegen erst englisch, dann französisch vor. „Glauben Sie, daß ein Ausländer drei Sprachen spricht? Sie riskieren doch nichts, wenn Sie meine Bitte erfüllen, Sie riskieren nur dann etwas, wenn Sie meine Vorstellungen unbedacht lassen.“
Ich hatte mir die Überzeugung der beiden Herren nicht so schwer vorgestellt. Die Polizei ist in Deutschland allmächtig. Endlich ließ sich der Größere doch bewegen, zum Herrn Inspektor hineinzugehen. Nach einigen Minuten kehrte er mit der Weisung zurück, der Inspektor wolle mich anhören.
Ich bat den Inspektor um eine kurze Unterredung unter vier Augen. Da ich gefesselt war, bewilligte er sie mir, wenn auch mit ungläubigem Lächeln. Nachdem ich jedoch fünf Minuten ruhig geredet, wurde er immer aufmerksamer, er eilte schließlich ans Telefon und telephonierte an den Chef der Polizei, sowie an Justizrat Weingärtner. Ersterer bestätigte meine Angabe, letzterer erklärte, auf der Stelle selber kommen und mich rekonstruieren zu wollen.
Nun rief er die Polizisten.
„Nehmen Sie dem Herrn die Fesseln ab.“
„Rechtlich gebortchen sie. Nach kaum einer Viertelstunde leuchte der etwas ohnmächtige Justizrat an, der für mich jede Möglichkeit anbot.“

„Ist nicht nötig“, entgegnete der Inspektor. „Ich durchschaue jetzt alles und bitte Mr. Ralphson — ich hatte ihm inzwischen auch meine Papiere vorgelesen — wegen des Mißverständnisses um Entschuldigung.“
„Welches Verbrechen war ich denn eigentlich beschuldigt?“ fragte ich lächelnd.
„Des Diebstahls, Baron von Stolten wollte sie in Flagranti ergreifen haben. Hier ist der Brief.“
Er las ihn laut vor. Der Erzähler teilte mit, er habe mich am Abend vorher in seinem Zimmer unter verdächtigen Umständen getroffen, und als er dann nachsah, hatten in seiner Kasse gegen 500 Mark gefehlt. Die Kasse sei gewaltsam geöffnet worden. Er fügte hinzu, ich wäre, wie er leider zu spät erfahren, früher schon bestraft, und hätte unter der Vorpiegelung Detektive zu sein, allerhand Schwindeleien verübt.
„Sein ausgesprochen“, grinst der Justizrat. Doch da fällt mir ein, Mr. Ralphson — der Epitaph wird wahrscheinlich gleich nach Ihrer Enttarnung Ihre Stube durchsuchen. Wenn er Ihre Briefschaften und Apparate findet, ist unser Spiel verloren.“
„Er wird garnichts finden“, antwortete ich lächelnd. „Für was halten Sie mich, Herr Justizrat? Ich habe mich auf den heutigen Abzug vorbereitet. Ich mußte unter irgend einem Vorwand fort, da konnte ich doch kein Paket mit mir schleppen, das wäre aufgefallen. Alle meine Sachen, soweit sie in Beziehung zu meiner Tätigkeit stehen, habe ich gestern sorgfältig verpackt und als Postpaket dem Briefträger mitgegeben. Und zwar unter Ihrer Adresse: sie werden inzwischen schon eingetroffen sein. Ist alles fertig?“
„Was.“
„So lassen Sie uns eilen, es ist gleich halb Zehn und wir haben einen ziemlichen Weg.“
Uns blieben nur noch wenige Minuten Zeit, unsere Vorbereitungen zu treffen. Zum Glück waren alle notwendigen Akteure zur Stelle. Mit pünktlicher Einhaltung des akademischen Rituels erschien Herr von Stolten zu Fuß — wahrscheinlich fühlte er sich ohne Wagen freier — und wurde vom Bureaurotgeber empfangen und in das Privatbureau des Justizrats geführt. Das Privatbureau, ein großes, elegant eingerichtetes Parterrezimmer, ging nach dem Garten hinaus. Den Lichtzug vermittelten zwei hohe Fenster, den Ab- und Zugang nur eine Tür, die sich

den Fenstern gegenüber in der Mitte befand. In einem der Fenster stand der große bequeme Schreibtisch mit dem Sessel gegenüber, an der anderen Wand des Zimmers, bemerkte man ein mit rotem Plüsch gepolstertes Sofa, einen Tisch davor und noch einige Stühle rundum. Die Wand der Tür gegenüber nahm zum Teil ein riesiger Altersschrank ein, neben dem ein Bücherregal stand. Hinter dem Schreibtisch steckte ein bewaffneter Polizeibeamter, in dem Altersschrank, aus welchem zu diesem Zwecke ein Teil der Längs- und Querbretter entfernt worden, war gleichfalls ein Beamter postiert. Im Garten waren zwei Polizisten bereit, den Platz unter den Fenstern gleich einzunehmen, sobald der Baron sich niedergelassen hatte, wie auch gleich nach seinem Eintritt zwei weitere Beamte die Tür von außen besetzen sollten.
Man sieht — alle Vorkehrungen waren aufs beste getroffen! Einen Verbrecher von so hervorragender Veranlagung einfach in seiner Wohnung festzunehmen, wäre nicht nur ein verzeifeltes, sondern direkt unsinniges Unternehmen gewesen. Ich war überzeugt, er war auf den äußersten Fall vorbereitet, und wir hätten niemals einen Lebenden, sondern nur einen Toten zur Strecke gebracht.
Der Justizrat, der zunächst allein mit ihm war, operierte in keiner beneidenswerten Lage. Er hatte es mit einem desparaten Gesellen zu tun, der vor keiner Gewalttat zurückschreckte. Doch der alte Herr fürchtete sich nicht. Er war seiner Aufgabe gewachsen, machte in liebenswürdigster Weise die Honneurs und komplimentierte den Herrn auf das Sofa, sodas er mit dem Rücken gegen die Wand zu sitzen kam und sich der Tisch und die Stühle zwischen ihm und der Tür nebst den Fenstern befanden.
Obwohl mißtrauisch durch sein böses Gewissen, hegte Herr von Stolten in bezug auf diesen Ort keinerlei Argwohn. Er trat höflich und chevaleresk auf, das seine Gesicht sah eine Nuance bleicher aus als gewöhnlich, in den dunklen Augen glühte eine düstere Entschlossenheit.
„Darf ich fragen, ob der Herr Reflektant persönlich kommen wird?“ erkundigte sich Stolten in nachlässigem Tone.
„Ich wundere mich, daß er nicht schon hier ist“, entgegnete Weingärtner beflissen. Er öffnete die Tür, die nach der Expedition hinüberging und rief laut: „Ist Herr Babel noch nicht da?“
(Fortsetzung folgt.)

Weldlich schimpfen auf die Verträge (sozialdemokratischen) Parteigrößen, die, während sie selbst ihre Schächchen ins Trockene bringen, die Konsumvereinsleiteranten und Mitglieder in schamloser Weise betrügen. Mit einer engelgleichen Anschuldigung bezichtigte sie im Konsumverein als Aufsichtsräte tätige Genossen, daß sie es nicht nur verstanden, sich ein müheloses Einkommen zu verschaffen, sondern daß es auch geradezu ihre Aufgabe sei, angebliche Vorteile für die Mitglieder auszufopfen, aber offenkundige Nachteile zu vertuschen. Die Geschäftsstelle Hannover des Reichslägerverbandes hat Beschl. Der von ihr in unverfälschtem Reichslägerverbandstil geführte Wahlkampf in Linden endete mit einer totalen Niederlage, und jetzt hat die Polizei einen ihrer eifrigsten Agitatoren in diesem Wahlkampf beim Schlaftrinken genommen: den Antiquitätenhändler Papenberg in Hannover. Papenberg war, das muß ihm selbst der Meid lassen, ein rühriger Reichslägerbändler. Auf seine Kosten stänferte er mit einem Automobil im Wahlkreise herum und verteilte die sattem bekannten Flugblätter. In reichsverbändlerischen Versammlungen hielt er donnernde Reden gegen die sozialdemokratischen Eigenumsverächter usw. usw. Wo sich nur irgendwie Gelegenheit dazu bot, betätigte er eifrig eine „zuverlässige vaterländische Gesinnung“. Noch am Freitag, als die Polizei ihn holen kam, wohnte er einer Sitzung des Reichsverbandes bei, wurde also mitten aus seiner staatsgerhaltenden Tätigkeit grausam herausgerissen. P. ist nämlich dringend verdächtig, bei dem Diebstahl in Burgdorf, wo vor einem Monat von frechen Dieben Postwertzeichen im Werte von 21 000 Mk. gestohlen wurden, als Helfer beteiligt zu sein. Bei ihm und einem anderen Verhafteten wurden Postwertzeichen im Betrage von 827,86 Mark gefunden. Sonderbarerweise verschweigt der Polizeibericht die Namen der Diebe und nennt die Helfer nur mit dem Anfangsbuchstaben. P. war Obmann des Reichslägerverbandes für die Nordstadt. Eine seine Nummer, fürwahr! Und es ist nicht ausgeschlossen, daß die im Gange befindliche Untersuchung für den Reichsverband noch mancherlei Überraschungen bringt. Sage mir, mit wem du umgehst.

Das Befinden Volkmar's. Die „Misch. Post“ schreibt: Zu unserer Freude können wir mitteilen, daß die Erkrankung Volkmar's in keiner Weise bedenklich ist. Es handelt sich um einen Influenza-Anfall mit Fieber und rheumatischen Schmerzen und es ist allem Anschein nach zu hoffen, daß Volkmar in etwa 14 Tagen wieder an den Verhandlungen des Landtags teilnehmen kann.

Der italienische Parteitag. Der Parteivorstand hat den nächsten Parteitag für den 19., 20., 21. und 22. September nach Florenz einberufen. Auf der Tagesordnung stehen, nach den Berichten des Parteivorstandes, des „Avanti“ und der Parlamentarier: 1. Das Verhalten der Partei gegenüber der Arbeiterbewegung (Stellung zu den Gewerkschaften und zum Generalstreik; Schiedsgerichte bei Streiks). 2. Taktik und Wahlprogramm für die nächsten Parlamentswahlen. 3. Kommunalprogramm. 4. Antiflerikalismus. 5. Antimilitarismus. 6. Auswanderungspolitik. 7. Modifikationen des Parteistatuts. 8. Wahl des Parteivorstandes und des Chefredakteurs des „Avanti“.

Verammlung der Bürgerschaft.

K. Lübeck, 15. Juni 1908.
Der zweite stellvertretende Vorsitzführer Buchwald eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr mit der Mitteilung verschiedener Eingänge und Verlesung eines Antrages Mähring.

Es folgt die Beratung der Senatsanträge. Der Antrag auf Verleihung des Enteignungsrechts an den Lübeckischen Staat für die Enteignung eines Teiles des Grundstücks Fünfhausen Nr. 21 wird ohne erhebliche Debatte angenommen.

Bei der Beratung des Antrages auf Aufhebung der geplanten Verbindungsstraße W. zwischen der Moiskinger Allee und der Finkenstraße und Arealverkauf an die Firma Gwers u. Miesner nimmt das Wort

Habendererde und klagt darüber, daß durch die Verlegung des neuen Bahnhofes nach der Vorstadt St. Lorenz die innere Stadt sehr benachteiligt worden sei und kritisiert, daß in der nächsten Umgebung des neuen Bahnhofes nicht weniger als 14 neue Wirtschaften usw. konzessioniert worden seien.

Der Antrag wird angenommen.
Debattelos genehmigt werden die Senatsanträge betr. den Verkauf von Areal an der Waisenallee an die Firma W. F. L. Behr, Bewilligung von 6050 Mk. zu den Kosten der Anlage des Industriegeländes am rechten Kanalarufer bei der Gastankstelle II, sowie Errichtung der Stellen eines Kanzlisten erster und eines Kanzlisten zweiter Gehaltsklasse beim Polizeiamte.

Beim Senatsantrag betr. Nachbewilligung für den Bau der Offizierspessanstalt nimmt das Wort

Klein und meint, der Bau habe bereits 111 500 Mk. gekostet und nun fordere der Senat noch weitere 25 776,21 Mk. als Deckung der Überschreitung der Bausumme. Er bittet, den Senatsantrag abzulehnen. Die Kostenschläge seien nicht mit der nötigen Vorsicht gemacht worden. Der Bau sei ohnehin mit allzugroßer Spitzigkeit ausgeführt worden.

Möller: Die Steigerung der Materialpreise sei nicht so schlimm wie im Bericht angegeben werde. Es müssen beim Bauamt mehr praktische Beamte angestellt werden.

Heinsohn wendet sich kurz gegen Möller, verteidigt im übrigen den Senatsantrag. Es seien beim Bau viele Fehler gemacht worden.

Senator Dr. Stoffs gibt zu, daß bei der Ausführung des Hauses Fehler gemacht worden seien. Die Überschreitung der Bausumme sei im wesentlichen durch den schlechten Baugrund entstanden.

Schwarz: Ich möchte mir die Frage erlauben, wer die unglückliche Idee gehabt hat, das Kasino mitten in den Krähenteich zu bauen. Es sind noch nicht 20 Jahre her, daß der Krähenteich an dieser Stelle erst zugeschüttet worden ist. Der Krähenteich sei dort ein großer Morast gewesen. Das Kasino mußte bei der Kasernen errichtet werden.

Senator Eschenburg ist nicht in der Lage, die Anfrage von Schwarz zu beantworten.

Wissel bemängelt die ganze Geschäftsführung beim Bauamt. Die große Überschreitung ist nur zurückzuführen auf die einseitige Stellung der Behörde beim letzten Tischlerstreik. So hat der Staat die ganzen Tischlerarbeiten nach auswärts gegeben, die dadurch noch teurer geworden seien, als wenn die hiesigen Meister die geforderten Löhne gezahlt hätten. Senator Dr. Stoffs verteidigt die Maßnahmen des Senats.

Stender: Im allgemeinen ist der Baugrund in Lübeck ein sehr guter. An der Überschreitung der Bausumme sei sowohl der Senat als auch die Bürgerschaft schuld. Auch im Bürgerausschuß ist die Beratung der Pläne mit großer Hast geschehen.

Wessers ist ebenfalls der Ansicht, daß dem Tischlerstreik der Hauptteil an der Überschreitung der Bausumme zuzuschreiben sei.

Wissel wendet sich gegen Stender und stellt richtig, daß der Tischlermeister in Neumünster, der die Tischlerarbeiten hergestellt hat, zugrunde gegangen sei, weil sein Geschäft von vornherein faul gewesen sei. Die betreffenden Arbeiten hätten in jeder mittleren Tischlerei hier in Lübeck hergestellt werden können. Ein großer Teil ist später noch in Berlin und Schwerin zu noch höheren Preisen ausgeführt worden.

Der Antrag wird nach weiterer eingehender Beratung angenommen.

Bei Beratung des Senatsantrages auf Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahr 1908 klagt

Dr. Wichmann über die sehr schlechten Straßen in der Vorstadt St. Lorenz. Die kleineren Städte der Umgebung Lübeck's hätten ein viel besseres Pflaster. Der Zustand der Fackenburg und Schwartauer Allee sei so schlecht, wie er wohl in ganz Deutschland nicht zu finden sei.

S. Thiel schließt sich diesen Klagen an.

Dr. Baetcke fragt an, wie es mit der Frage der 25 Pfennigarten stehe.

Senator Stoffs: Die Frage würde gegenwärtig eingehend geprüft.

Legemeier bittet, einen Radfahrweg durch Moisling zu legen.

Ohne weitere Beratung wird beschloffen: die Anlegung von Radfahrwegen von Wesloe nach Schlutup, an der Fährstraße und dem anschließenden Teil der Gertrudenstraße, von der Forsthalde nach Fraesdorf, im Glashüttenweg vom Ende der Luisenstraße bis zur Abzweigung des Weges nach der Staatswerk.

Ohne erhebliche Debatte angenommen werden die Senatsanträge betr. Aenderung der Stellung der Bauaufseher und Schaffung von fünf neuen Bauaufseherstellen und Verkauf eines Areals der Algemeinen Armenanstalt zwischen der Raheburger Allee und der Elswigstraße an den Fabrikanten G. F. Harder.

Vorläufiger Schlußbericht.

Die Bürgerschaft genehmigt den Senatsantrag betr. Anstellung von 20 neuen Zollaufsehern und schloß sich dem Ersuchen ihrer Kommission an, bei Nädlerhorst eine Brücke über die Trave zu bauen. Die Anträge Wissel und Klein betr. die Ausführgestimmungen zum Vereinsgesetz wurden dem Bürgerausschuß überwiesen; der Antrag Utpert betr. Nachtrag zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Beamteten zurückgezogen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Kampf ums Recht. Auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin hatte vor einiger Zeit ein unbedeutender Unfall stattgefunden, durch den der Eisenbahnverwaltung ein Schaden von 71 Mk. erwuchs. Die Behörde machte für den Unfall einen Rangierer und den Lokomotivführer Z. verantwortlich, nahm beide in je 1 Mk. Strafe und verlangte von ihnen Erstattung des Schadens, erklärte sich aber bereit, sich mit je 4 Mk. zu begnügen, wenn die Bemühten ihr Verschulden an dem Unfall schriftlich anerkennen würden. Der Rangierer erklärte sich hierzu bereit, Z. aber weigerte sich, da er sich seiner Schuld bewußt war. Die Folge dieser Weigerung war, daß dem Z. bei der nächsten Gehaltszahlung 67 Mk. vom Gehalt abgezogen wurden. Auf den Rat des Syndikus des Vereins Berliner Lokomotivführer strengte der Lokomotivführer Klage gegen den Eisenbahnfiskus auf Zahlung des ihm einbehaltenen Gehalts an. Der Beklagte erklärte sich in der Klagebeantwortung zum Abzug des eingeklagten Betrages für bereit, da ihm Kläger durch ein Verschulden einen Schaden in dieser Höhe zugefügt habe. Die 8. Zivilkammer des Landgerichts I vernahm die Zeugen und erforderte von dem gerichtlichen Sachverständigen, Geheimen Regierungsrat Courtois, ein Gutachten, das dahin lautete, daß dem Kläger auch nicht das geringste Verschulden an dem Unfall beizumessen sei. Infolge des Resultats der Beweisaufnahme wurde der Fiskus nach dem Klageantrag verurteilt. Die Eisenbahndirektion beschritt den Weg der Berufung. Aber auch der 11. Zivilsenat des Kammergerichts, der in eine gründliche Prüfung der Sache eintrat, vermochte in dem Verhalten des Klägers nur eine prompte Ausübung seiner Dienstpflicht zu finden, und es wurde deshalb auf Zurückweisung der Berufung erkannt.

Ein Bierabend mit einem Mordgesellen in Südwestafrika. Einen tiefen Einblick in das Treiben der Farmer in den Kolonien gewährte eine Verhandlung am 10. Juni vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle gegen die früheren Schutztruppensoldaten Bisfeldmehel Ehrhardt von Altenburg, den Gefreiten der Reserve Krahwinkel und den Reservisten Schneider. Die Angeklagten wurden der Annahme von Geschenken, des Ungehorsams, und Ehrhardt wurde außerdem des Mißbrauchs der Dienstgewalt beschuldigt. Am Abend des 31. Oktober 1906 wurde der Farmer Paul Viehage, der auch preussischer Reservistoffizier ist, in Omatiema verhaftet und nach dem Bezirk Utio gebracht, da er dringend verdächtig erschien, „seine Eingeborenen“, mehrere Hererofrauen und Mädchen erschossen und aufgehängt zu haben. Auf seiner Farm wurde ein Sack mit Knochen und Schädeln von „Hererofrauen“ beschlagnahmt. Da Viehage Reservistoffizier ist, hielt es der Hauptmann Freiherr v. Wangenheim, der damals in Utio die Landespolizeigewalt ausübte, nicht für zulässig, den Mörder in ein Arrestlokal zu sperren. Viehage wurde in ein Privathaus einguartert, wo er, so bekundete der Hauptmann vor Gericht, auch noch „mächtigen Krach“ machte. Außerdem schrieb er Briefe an seine Frau, um die Spuren seiner Taten verwischen zu helfen, und schließlich verließ er sein Privatquartier. Erst der Bezirksrichter ließ ihn in eine Arrestzelle stecken und ordnete an, den schweren Verbrecher nach dem Gefängnis in Swatopmund zu transportieren. Mit dieser Mission wurden die drei Angeklagten betraut, die Viehage nach der Bahnstation Ottinerrenge transportieren mußten. Da ihnen aber von dem Hauptmann und dem Leutnant der Rat erteilt worden war, sie möchten den Reservistoffizier ja schonend behandeln, fuhren sie auf Veranlassung Viehages auf dem Transport nach dem Bahnhof mit ihrem Kaufwagen zunächst nach Viehages Farm. Dort wurde am Abend des 8. November ein fideles Bierabend abgehalten, bei dem die „Transportoffiziere“ dem Kaviar, dem Schinken und den Frankfurter Würstchen tüchtig zusprachen. Viehage soll währenddem seine Belastungszüge „bearbeitet“ haben. In der darauffolgenden Nacht tröstete der wohlhabende Farmer seine Gattin und die Gefangenen-Transporteure hatten so fein geschlafen, daß sie mit ihrem Gefangenen in Ottinerrenge den Zug verpaßten. Krahwinkel und Schneider erlitten von Viehage „Reiseunterstützungen“ von 20 Mk. und 10 Mk. und dem Bisfeldmehel wurde gesagt, wenn er durch die

führt keine Stellung einnimmt, könne er Farmenverwalter bei Viehage werden. Der Transport ging schließlich nach Utio wieder zurück. Der Mordprozeß gegen Viehage endete damit, daß der Täter von dem Obergericht in Windhut wegen Totschlags zu neun Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Es wurde festgestellt, daß er ein Herero weib erschossen und zwei zu Tode gequält hat. Gegen Ehrhardt wurden zwei Monate Gefängnis und Degradation und gegen Krahwinkel vier Wochen Arrest beantragt. Das Gericht sprach aber alle drei Angeklagte frei.

Als russische „Flüchtlinge“ gaben sich am 23. März d. J. der 37 Jahre alte Jakob Weiner aus Wilna (Rußland) und der Wafflich Tischernikoff, gleichfalls aus Rußland, auf der Redaktion der „Wälz. Post“ zu Lubwigschafen aus und wußten nach langem Hin und Her den Genossen Kleefoot als Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins zu bewegen, ihnen durch Umwekungsschein an den Kassierer Genossen Wagner je 2 Mk. zu bewilligen. Ehe die beiden Stroche jedoch bei Stadtrat Wagner die ihnen geschriebene Anweisung präsentierten, fälschten sie die Anweisung von je 2 auf je 12 Mk. Wagner schöpfe darob Verdacht und telephonierte an Kleefoot, wodurch der Schwindel an den Tag kam. Beide gingen dann flüchtig, wurden aber verhaftet und später wieder auf freien Fuß gesetzt, worauf Tischernikoff ins Ausland flüchtete. Weiner, der übrigens schon seit drei Jahren seinen Wohnsitz in Mannheim hat, wurde wegen Betrugsversuchs und Urkundenfälschung von der Frankenthaler Strafkammer zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt.

Eine neue Schöpfungstheorie.

Eine kühne Hypothese, die nicht nur die allmähliche Umgestaltung der Erde, sondern auch die Entstehung und Verbreitung der Lebewelt aus einer einzigen Erschöpfung zu erklären sucht, macht gerechtes Aufsehen. In einem 564 Seiten starken Buche hat Professor Dr. Simrath die vor acht Jahren von G. Reibisch aufgestellte Pendulationstheorie eingehend behandelt, zusammengefaßt. In ihren Hauptzügen sollen sie unsre Leser aus den folgenden kurz gehaltenen Ausführungen kennen lernen:

Noch vor dem Beginn der „Paläozoischen Epoche“ soll die Erde durch den Aufsturz eines von Südwesten kommenden zweiten Mondes in das Gebiet des heutigen Sudan aus ihrer Gleichgewichtslage gebracht worden sein. Dem schiefer gerichteten Stoße folgend, schlossen sich die Landmassen Afrikas, Asiens und Europas eng aneinander, und der letztgenannte Kontinent blieb von dem Schicksal der Festländer im Stillen Ozean bewahrt, vom Meere verschlungen zu werden, weil er sich eben an die großen Klöße des schwarzen Erdteils und Asiens angeschlossen hatte.

Über die Katastrophe der Kollision gestaltete sich für den Planeten und seine erst zu erwartenden Bewohner aus einem andern Grunde verhängnisvoll. Er geriet ins Schwanken, um eine von Ost nach West aus dem heutigen Ecuador nach Sumatra verlaufende Achse; und zwar mußte im Einklang mit der Stoßrichtung die Drehung der Erde mit einem Ausweichen gegen Norden beginnen. Nur die beiden Endpunkte der Drehungsachse — Ost- und Westpol — blieben ruhig, alle andern Orte der Erdoberfläche, also auch Nord- und Südpol, gerieten in unsäglich langsam verlaufende Schwingungen. Speziell der Nordpol beschreibt dabei den Bogen eines Kreises (Schwingungskreis), der die Beringstraße passiert und die obere Rheinlinie dort schneidet, wo Ost- und Westpalen aneinandergrenzen. Weil nun der Gesamtschlag einer Schwingung 30 bis 40 Grade beträgt, so gelangt ein in Europa im 48. Breitengrad liegender Ort während seiner nordwärts gerichteten Fahrt bis zu einem Punkte, der hinsichtlich seines Klimas einer Erdstelle von 78 bis 88 Grad nördlicher Breite entspricht, das heißt, er rückt in die arktische Zone hinein. Jene Erdpunkte, die im Meridian der Schwingungspole liegen, erleiden naturgemäß die größte Verschiebung nach Norden.

Hätte die Erdschmankung nach Norden am Ende der „Archaischen Epoche“ begonnen, so dauerte sie während der nun folgenden „Paläozoischen Epoche“ (im Kambrium, Silur, Devon und Perm) an; über unsre heutigen Wohnsitz brach, nachdem ihr Klima immer nördlicher geworden war, endlich im Perm die erste große Eiskeit herein. Nicht überall gleichzeitig erfolgte die Vereisung, sondern sie glitt wellenförmig von Norden nach Süden über den Norden hin. (Simrath negiert nämlich das in der Vorzeit angeblich allgemein über die Erde ausgebreitete Tropenklima und nimmt die Ausbildung der Klimazonen [wie in der Gegenwart] für alle Zeiten in Anspruch. Das Vorkommen von Schwarzkohlen in Spitzbergen sucht er durch eine Verschiebung der fossilen Flöze zu erklären.)

Gegen das Ende des Perm hatte die Erde den ersten Ausschlag nach Norden vollzogen. Nun begann ihre rückgängige Bewegung und mit ihr die „Mesozoische Epoche“ (Trias, Jura, Kreide). Europa trat nun wieder in innigere Beziehung zur allbelebenden Sonne, indem es in mildere Himmelsstriche vorrückte. In der Kreidezeit erreichte unsre Heimat sogar eine subtropische Lage, in der sie noch verharre, als mit dem Alttertiär (Sozän) schon die „Känozoische Epoche“ (Sozän, Miozän, Pliozän) einsetzte. Dann jedoch vollzog sich mit dem Anfang der zweiten Schwingung nach Norden während des Tertiärs eine abermalige Klimadepression in unsern Ländern, die als zweite große Eiskeit im Diluvium ihren Kulminationspunkt erreichte. Das Eis drang bekanntlich im Verlauf der diluvialen Vereisung mehrmals gegen Süden vor, um ebensooft wieder zurückzuweichen. Die letzten Vorstöße gaben jedoch den ersten an Intensität merklich nach. Das Entstehen dieser Erscheinung erklärt Simrath aus denselben Ursachen, denen die kleinen Stufen in den einzelnen Formationen der geologischen Hauptepochen ihr Dasein verdanken. Während die Hauptepochen, wie wir gesehen haben, den Wendeschwingungen des Erdballs, die Formationen (zum Beispiel Silur, Trias, Miozän) dem Verchieben desselben Erdteils aus einer Zone in die andere entsprechen, sind die Unterstufen einer Formation die Folgen einer zweiten Bewegung des Erdballs, nämlich der astronomisch fixierten Kreis-schwingung des Nordpols, die in ungefähr 28 000 Jahren vollendet wird.

Aus der Verbindung dieser Kreisbahn mit der Pendelschwingung der Erde resultiert eine Schraubenlinie, in deren Verfolgung zum Beispiel ein Punkt des Schwingungskreises (siehe oben) während der nach Norden gerichteten Oszillation bald mehr nördlich, bald in südlicher Richtung verschoben wird. Im ersten Falle rückte das Diluvialeis nach Süden vor, im andern zog es sich nordwärts zurück. Daß schon, wie erwähnt, die letzte Vereisung ihre Moränen nicht mehr so weit vorgeschoben konnte wie die vorletzte, deutet auf den Beginn eines abermaligen Umschwungs in der Pendulation der Erde hin. Wieder begannen die Länder Europas seit dem Diluvium nach Süden zu wandern und in unabsehbarer langer Zeit wird unsre Heimat zum drittenmal subtropische Pflanzen und Tiere ernähren.

Seltam mühen Simroth's Ansichten über Entstehung und Entwicklung der Lebewelt an. Unanfechtbar ist wohl der Satz, daß die organische Entwicklung ihr Endziel in der Emanzipation von der unmittelbaren Sonnenwärme sieht, damit die Lebewesen von den Klimaschwankungen unabhängig werden. Dieses Prinzip mußte zur Entstehung warmerblütiger Wirbeltiere führen, deren Vorstufen (Amphibien, Reptilien) wechselwarmes Blut haben. Aber Simroth will den Ausgangspunkt der organischen Welt in die landreiche Nordhälfte der Erde unter den Schwingungskreis und speziell nach Europa verlegen, als es noch zu Beginn der paläozoischen Epoche tropisches oder subtropisches Klima besaß.

Diese tropische Lebewelt, der alte „Grundstock“ der Tiere, sei rein mechanisch infolge der Pendulation aus dem Süden in das Mittelmeergebiet und weiter nordwärts geschleppt worden. Unbeholfene, der Anpassung unfähige Formen starben aus; andre strahlten „auf dem ihnen zugedachten Breitengrad zu beiden Seiten des Schwingungskreises aus“ und verbreiteten sich in symmetrisch zu diesem liegenden Rahmen und über noch nachweisbare Landbrücken über die Erde, so daß zum Beispiel Japan und Kalifornien gleiche oder verwandte Tierarten beherbergen können. Endlich gestalteten sich die aus dem Süden mitgebrachten anpassungsfähigen Formen zu neuen Arten um.

Die Wasser-tiere seien aus Land-tieren hervorgegangen. Sol es, daß sie während der polaren Schwankung der Erde, um den Temperaturextremen der freien Luft zu entgehen, das gleichmäßiger temperierte Meer aufsuchten oder bei der äquatorialen Phase der Erdschwingung, als Teile der Festländer unter dem Meeresspiegel versanken, gezwungen waren, sich dem Wasserleben anzupassen.

Aus der Tatsache, daß alle Reste fossiler Menschenaffen zwischen Kroatien und den Pyrenäen liegen, folgert Simroth die Entstehung der Menschen in Europa, und zwar in den Ländern unter dem Schwingungskreis. Nachdem mit der Tierwelt auch der Mensch in nördliche, baumlose Gegenden befördert worden war, mußte er sich dem Leben auf dem Erdboden anbequemen und endlich den aufrechten Gang lernen. Und abermals soll es der Schwingungskreis sein, unter dem die Vervollkommnung des Menschen geschlechts vor sich ging; denn, fast alle fossilen Reste von Menschenaffen liegen unter diesem Kreis zwischen dem Kapland und Lapland-Grönland übereinander. „Auch die wichtigsten Haustiere hatte sich der Mensch in dem genannten Gebiet, nachdem er zuerst mit ihnen in das Verhältnis einer Symbiose (Zusammenleben auf Grund gemeinsamer Interessen) getreten war, gezähmt und zu unterjochten Sklaven umgeschaffen.“

Nicht minder interessant sind Simroth's Versuche, die vulkanischen Erscheinungen mit der Pendulationstheorie in Einklang zu bringen. Die Ausfaltung der Gebirge sei eine Folge der Gleitkraft, die in polarer Phase der Erdschwingung am stärksten in 45 Grad nördlicher Breite wirkt. Und eben nahe diesem Parallelkreis entstanden im Tertiär die Apenninen, in der „Paläozoischen Epoche“ die armenianisch-parisischen Kettengebirge, als deren abwärtsgerichtetes deutsches Mittelgebirge zurückbleibt, vor der „Paläozoischen Epoche“ das kaledonische Gebirge (Schottland) und ein noch nördlicherer Zug, dem die Appalachen und der Ural angehören.

Auch das Zusammenfallen der Maxima vulkanischer Eruptionen mit der polaren Phase der Pendulation ist bemerkenswert. Sowohl die Paläozoische Epoche als auch das Tertiär waren Zeiten intensiver vulkanischer Ausbrüche. Indem letztere mit den Erdbeben und der Gebirgsstaftung in Beziehung stehen, darf man erwarten, daß auch die Erdbebenlinien Verbreitungsgebiete folgen, die sich aus der Pendulation ergeben. In der Tat läßt sich ein gewisser Parallelismus zwischen den Stütz- oder Schütterlinien und den symmetrisch in großangelegten Bogen zum Schwingungskreis verlaufenden Verbreitungsbahnen der Lebewesen feststellen.

Wenn wir schließlich noch darauf aufmerksam machen, daß die Anfänge der menschlichen Kultur und deren höchste Entwicklung ebenfalls in Ländern zu suchen sind, die im oder nahe am Schwingungskreis liegen, so dürfte hinlänglich dargelegt sein, daß sich mit der Pendulationstheorie alle Umstände auf Erden vom Kamelium an bis zur Gegenwart erklären lassen. Niemand Geringerer als der bedeutende Geolog Reumann hat sie „für sehr wahrscheinlich“.

Genossenschaftsbewegung.

Händlermoral. Der Vorstand der Porzellanhändler hatte an die Vereinigung der Porzellanfabriken den offiziellen Antrag gestellt, die letzte Sortierung ihrer Fabrikate nicht mehr zu verkaufen, sondern diese nützlichen Produkte zu vernichten und als Entgelt für den Eingang dieser Erzeugnisse die Preise entsprechend zu erhöhen sowie ferner einheitliche Minimalverkaufspreise festzusetzen. Die Porzellanfabriken haben jedoch die Anträge der Kleinhändler auf Vernichtung der vierten Wahl abgelehnt. Man sieht aus diesem Vorgange, wie unbedeutend die Händler sich auf ihre „volkswirtschaftliche Nützlichkeit“ berufen. Der Profit ist ihnen die Hauptsache und wenn ihr Profitstreben es erfordert, wofür sie ihm die Interessen der Konsumenten... Im Gegenzug dazu stehen die Konsumvereine, die keine Profitinteressen haben, dafür aber die Interessen der Konsumenten wahrzunehmen haben. Kein Wunder, daß Händler mit den Anforderungen der hier erwähnten Porzellanhändler den Konsumgenossenschaften feindlich sind.

Der Verband kaufmännischer Genossenschaften hielt vom 25. bis 28. Mai seinen Verbandstag in Berlin ab. Der Vorsitzende erklärte in seiner Eröffnungsrede, der Kolonialwarenhandel habe endlich eingesehen, daß das Winkeln nach Staatshilfe zu gar nichts führe und nur durch Selbsthilfe die Höfen der Zeit behoben werden können. Auch der Sekretär des Verbandes, Herr Dr. Müller, betonte nachdrücklich die rein wirtschaftlichen Aufgaben des Verbandes. Er sei keiner Einkaufsverein. In dem Staat sei man nicht um Unterstützung heranzutreten, weil man reine Selbsthilfe treiben wolle. So weit, so gut. Auch wir sind der Meinung, daß die Detaillisten ihre Situation zu verbessern trachten müssen durch genossenschaftliche Tätigkeit und nicht durch Bekämpfung der Konsumvereine mit Ausnahmeverboten und ähnlichen Dingen. Wenn der Verband diese Überzeugung in den Kreisen der Detaillisten verbreitet, dann wird er sicherlich mehr zur Beförderung der Verhältnisse im Kleinhandel beitragen, als die sogenannten Mittelstandsvereine, die nicht wütend genug über die Konsumvereine zeteren können, selbst aber sich gar nicht genossenschaftlich betätigen. Wie es scheint, ist diese Überzeugung aber noch nicht Gemeingut aller Mitglieder des Verbandes kaufmännischer Genossenschaften. So nannte Herr Eilers aus Oldenburg die Konsumvereine die „Feinde der Kolonialwarenhändler“ und ein Herr Schmitt aus Göttingen, der das Verhältnis der Großisten zu den Einkaufsvereinigungen schilderte, verdächtete es den Großisten ganz besonders, daß sie es nicht verschmähten, an die Konsumvereine weiterzulieferen. Dadurch hätten sie sich die Detaillisten zu Feinden gemacht. Das sind Aufsetzungen, hinter denen die alte Meer verdeckt liegt, die Kon-

sumvereine zu bekämpfen, indem man die Großisten verantwortlich, den Genossenschaften der Konsumenten keine Waren zu liefern. Der Verband kaufmännischer Genossenschaften muß vor allen Dingen diese Phantasien bekämpfen und seinen Mitgliedern klar machen, daß die Vorbedingung des Erfolges eigener genossenschaftlicher Tätigkeit die Abtunung vor der genossenschaftlichen Tätigkeit anderer ist. Von Interesse ist noch, daß auf dem Verbandstage der Kampf zwischen Großisten und Einkaufsvereinigungen proklamiert wurde. Die eriteren handeln nämlich gegen die Einkaufsvereinigungen bereits so, wie sie nach Ansicht des Herrn Schmitt gegen die Konsumvereine handeln sollen: Sie boykottieren die Einkaufsvereinigungen, die sie nicht hochkommen lassen wollen. In Rheinland, Sachsen und Schlesien stehen sich nach den Verhandlungsberichten „Großisten und Detaillisten als erbitterte Feinde gegenüber“ und ein Diskussionsredner meinte, daß der Großhandel im Interesse der Detaillisten ausgeschaltet werden müßte. Die Stimmung war bei der Behandlung dieses Punktes entschieden kriegerisch, und man beschloß auch, wenn einem Verein ein Kampf aufgedrungen werde, dann sollte sich die Gesamtheit der Einkaufs-genossenschaften mit ihm solidarisch erklären.

Dem Verbande kaufmännischer Genossenschaften gehören 22 Genossenschaften als Mitglieder an. Die im November begründete Zentraleinkaufsgenossenschaft hatte im Mai einen direkten Umsatz von 1109 Mt., im Januar von 1186 Mt. Die indirekten Umsätze beliefen sich angeblich auf Hunderttausende. Da wird es wohl noch einige Zeit dauern, bis die Detaillisten die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine überflügelt haben.

Aus Nah und Fern.

Eulenburgiana. In Berlin verlautet als zuverlässig, daß der Untersuchungsrichter im Falle Eulenburg ein Schreiben des Fürsten mit Beschlag belegt hat, worin die Kriterien des § 159 des Strafgesetzbuches enthalten seien. Auf Grund des erwähnten Briefes solle nun zu der Anklage des Meineides noch die Anklage wegen Verleitung zur Begehung eines Meineides erhoben werden. — Wenn man Eulenburg doch für verrückt erklären will, dann kommt es ja auf eine Anklage mehr oder weniger auch nicht an.

Hohenau a. D. Gegen den Generalleutnant z. D. Grafen Hohenau ist jetzt der ehrengerichtliche Spruch vom Kaiser bestätigt worden. Dieser Spruch lautet auf Verlust des Offiziertitels und des Rechts zum Tragen der Militäruniform.

Ein Konflikt zugunsten eines Beamten, dem es um den Arbeiterschutz zu tun war, dürfte in Preußen-Deutschland etwas Seltenes sein. Der Ziegeleibesitzer Siepmann zu Kellinghausen bekämpft seit Jahren die Maßnahmen der Behörden zum Schutze der Ziegeleiarbeiter. Unter anderem sucht er noch die Verpflichtungen aus der Gewerbeordnung auf den sogenannten Ziegelmeister abzuwälzen. Aus Anlaß eines derartigen Falles, mit dem der Regierungs-Professor Dr. Ehler befahigt war, machte Dr. Ehler eine Eingabe an den Regierungspräsidenten in Münster, in der er darlegte, daß man gegen Siepmann energisch vorgehen müsse. Darin brauchte er den Satz, Siepmann sei ein gemeingefährlicher Patron. S. erfuhr später aus Akten eines Strafverfahrens, denen die Eingabe beilag, von der Bezeichnung. Er verklagte den Regierungs-Professor Dr. Ehler darauf wegen Verleumdung. Dr. Ehler machte dagegen geltend, Siepmann habe es Jahre lang fertig gebracht, die im Interesse der Arbeiter erlassenen Vorschriften in seiner Ringofenziegelei zu umgehen. Siepmann verletzte seine Pflichten als Arbeitgeber hartnäckig. Jene inkriminierten Worte habe es nur gebraucht, um zu zeigen, daß S. hart angefaßt werden müsse. Der Strafanklage gegen S. habe er den Bericht an den Regierungspräsidenten nur beigelegt, um die Schwierigkeiten zu schildern, die S. der Durchführung des Arbeiterschutzes mache. — Bevor es zur Verhandlung kam, erhob die Regierung zugunsten des Reg.-Professors den Konflikt. Dr. E. habe sich im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten, da er aus amtlichen Anlaß jene Worte nur im Interesse des Schutzes der Ziegeleiarbeiter gebraucht habe. Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt für begründet, so daß das Verfahren gegen Dr. Ehler einzustellen ist. Dieser habe nur, ohne Absicht der Verleumdung, das Verhalten Siepmanns charakterisieren wollen. Es sei keine Amtsüberschreitung anzunehmen.

„Konservative“ Wahlmänner. Wie zusammengesucht die Wahlmänner der bürgerlichen Parteien bei den Landtagswahlen waren, davon gibt folgende Historie Kunde. In Halberstadt hatte die konservative Partei 162 Wahlmänner aufgestellt. Von diesen wählten konservativ 51, nationalliberal 32, sich selbst und einen Nationalliberalen 2, sozialdemokratisch 2 (!), gar nicht 59 und 16 — hauptsächlich nicht in der Wählerliste! Es scheint also auch für die konservative Partei die höchste Zeit zu werden, daß die indirekte Wahl beseitigt wird, denn die Schwierigkeiten, Wahlmänner aufzutreiben, werden sich wohl kaum verringern.

Ein internationales Heerlager ist gegenwärtig an der neutralen Erde bei Aachen aufgeschlagen. Diesseits der Grenze stehen berittene und andere Schutzeinheiten und Grenz-wächter fertig zum Angriff, jenseits der Grenze stehen holländische Gendarmen ebenfalls bereit; auch die Belgier sind zur Stelle, um jeden Fußbreit ihres Landes zu verteidigen. Der Feind liegt auf neutralem Gebiet in Gestalt von acht Auswanderern aus den Balkanstaaten. Niemand will die Mittellosen über die Grenze lassen. Ohne Obdach und Nahrung, allen Unbilden der Witterung ausgesetzt, liegen sie dort im Walde und erwarten ihr Schicksal von den „diplomatischen Verhandlungen“, die die beiden Freunde Preußen und die Türkei mit einander pflegen. Bis zur Beendigung dieser Verhandlungen wären die Leute nun sicher längst verhungert, wenn nicht mitleidige Seelen sich ihrer erbarmt und wenigstens für Brot gesorgt hätten. Amtlich darf den Leuten ja nichts gegeben werden, den Platz dürfen sie ange-sichts der drohenden Gewehrläufe auch nicht verlassen und bis zur nächsten menschlichen Wohnung ist's noch eine gute Wegestrecke. Am Freitag haben einige Passanten, denen das Glend der Leute zu Herzen ging, so viel zusammengelegt, daß eine Frau in Baals einen Korb voll Lebensmittel holen und den Belagerten bringen konnte. Nach Meinung der Belagerer handelt es sich um von Agenten verlockte Auswanderer, die wieder zurück in ihre Heimat möchten.

Der Geißbock von Lambrecht. Aus Deidesheim (Pfalz) wird berichtet: Der Geißbock, den die Gemeinde Lambrecht an die hiesige Stadt alljährlich am Pfingstsonntag für ein Weibrecht zu liefern hat, wurde am 9. Juni zum 500. Male abgeliefert. Vor Sonnenaufgang wurde der Geißbock von einem Lambrechter Bürger hierher gebracht und in einen dazu bestimmten Stall gestellt. Hier wurde das Tier von einer Kommission untersucht, ob es auch den vereinbarten Vorschriften entspricht. Nach der Übernahme seitens der hiesigen Stadtverwaltung wurde der Führer des Bocks mit Brot und Wein bewirtet, der Bock aber unter Glockengeläute vor dem Rathaus verweigert. Die Verpflichtung,

daß Lambrecht alljährlich an Deidesheim einen Bock zu liefern hat, besteht laut Urkunde seit dem Jahre 1404.

Ein hübscher Wahlaufauf. Aus Ostpreußen wird folgende amtliche Bekanntmachung bekannt, deren Inhalt sehr schmeichlig, deren Form aber, milde ausgedrückt, nicht unanfechtbar ist. Der Gemeindevorsteher Wittoesch in Rütiken (Kreis Heydekrug) hat in seiner Gemeinde folgenden Ukas zirkulieren lassen:

Erinnerung: Die Herren Nachbarn werden wohl alle im Zeitung gelesen haben, daß Mittwoch den 27. d. M. R. M. 5 Uhr beim Lessing in Schudereiten, ein Konservativer Zusammenkunft wird sein.

Darum im Auftrage des Wahlvorstehers Herrn Fischer Schudereiten, wird für Nachbarn Konservativer Partei erinnert, den genannten Tag auch Stunde wahr zu nehmen, und wer andere Partei will sich anschließen so bitte demjenigen gutzuüberferren, denn wir werden doch nicht lassen von Brandenburgern uns vertreten, wir haben auch hier Personen der uns vertreten wird, und auch für seine Majestät Kaiser und König treu bleiben wird — und daß der Hauptgrund.

Rütiken de 26te Mai 1908.

Gemeindevorsteher Wittoesch.
In dem der Illiter „Allgem. Zeitung“ zugegangenen Original steht hinter „Brandenburger“ noch das Wort „Jud“, das aber durchstrichen ist. Mit dem Brandenburger ist Geheimrat Schwabach gemeint.

Kat und Maus in holder Eintracht. Aus Benedig berichtet der „Frankf. Ztg.“ ein Mitarbeiter über ein äußerst seltenes Vorkommnis: Auf einer Reise durch Vicenza, und zwar in Dueville, sah ich dieser Tage eine schön getigerte große Katze, welche ihre vier Jungen säugte — und, o Wunder! eine Maus trank ganz behaglich mit. Die Katze behandelte die Säuglinge alle gleich, sie leckte, stretchte sie und spielte mit ihnen. Die Maus und die kleinen Katzen liefen sich bereits nach, und ich glaube, daß sie auch in Zukunft in bester Eintracht leben wollen. Der glückliche Besitzer dieser Tiere hat sich nicht entgegen lassen, das Phänomen geschäftlich zu werten. Er hat eine Bude eröffnet, in der für 10 Cent pro Tag die Katzen mit der schwefelreichen Maus gezüchtet werden.

Ein Rencontre mit Eisbergen. Der Schnelldampfer „Aronprinz Wilhelm“, der am 7. Juni in Neuyork anlaufen sollte, lief erst am 10. Juni mit ganz langsamer Fahrt dort ein. Er war am Sonntage bei heftigem Sturme und dichtem Nebel mit Eisbergen zusammen gestoßen. Der Dampfer verlor dabei eine Schraube, wurde fest zwischen fünf Berge eingeklemmt und aus dem Kurse getrieben. Der Heizer Wilhelm Glisshardt wurde irr-sinnig und stürzte sich ins Meer.

Schreckliche Geschichte

vom

freisinnigen Abgeordneten Oberlehrer Rotau.

Er wurde verleumdet, er sei eine Frau;

ja, ja, ein richtiges Frauenzimmer —

und vom Manne habe er keinen Schimmer.

Darauf tät man hinter verschlossenen Türen

den also Verleumdeten examinieren.

Man fragte ihn schärfstens aus bezüglich

der Männlichkeit. Doch konnt' untrüglich

dieselbe dazum an mehreren Exempeln,

die ihn zweifelsohne zum Manne stempeln.

„Pro primo“, sprach er, „wer ist ein Mann?“

Wie der Dichter sagt: „Wer beten kann.“

Allabendlich, wenn man zur Ruhe geht,

sprech ich ein richtiges kleines Gebet.

Ich sage: „Lieber Gott, mach' mich doch fromm,

daß ich recht bald einen Piepmak bekomme!“

Dann, pro secundo, wer ist ein Mann?

Ganz zweifellos: wer handeln kann.

Um im Handeln besteht mein bestes Vermögen

ich habe ohne langes Erwägen

stets, wo es sich lohnte, frisch gehandelt,

zum Beispiel meine Prinzipien verhandelt

Vor allem aber: wer ist ein Mann?

Wer sich selber auch überwinden kann.

Nun, dieses hab' ich bewiesen, denk' ich.

Zum Glück ja bin ich besonders gelenkig.

Drum kriech ich jederzeit gern auf dem Bauch

led' auf Verlangen den Speichel auch . . .

Kurz, ich beuge mich jeglichem Drucke

als rechter Christ und Nichtmameluke.“ —

Er hatte geendet, es ward applaudiert

und von allen freimütig attestiert,

er sei im Besitze der Gegenstände,

an denen man einen Mann erkenne. —

Die bösen Verleumdungen freilich

lästerten nun erst recht abscheulich:

Er sei allerdings kein Weib gerade,

aber sicher, was man so nennt: ein Kastrate.

Dies hat Rotau denn auch nicht gelehnet,

doch hat er's als halbe Wahrheit bezeichnet.

Die Sache sei richtig so zu lesen:

Früher sei er sehr wild gewesen;

ein richtiger Hengst, um so zu sagen,

ein Fiel, ein Bock, kurz: nicht zu ertragen.

Oft sei vor sich selber ihm bange geworden,

er könnte am End' einen Floh ermorden.

Darum nach einem ehrwürdigen Muster

seiner Wildheit ein End' setzen muß' er.

So habe befolgt die heroische Tat er

von jenem seligen Kirchenvater,

und eines Tages mit entschlossener Hand

freiwillig-freisinnig sich selber entmannt. —

Diese Ehrenerklärung ward unverweilt

in sämtlichen Zeitungen mitgeteilt.

Man liebte sie an, wo Säulen waren,

und hing sie auf in den Pfistoren.

Auch trug man auf Stangen sie durch die Straßen.

Der Schlußsatz lautete folgendermaßen:

„Wer jetzt noch 'mal sagt, ich sei 'ne Frau,

der ist ein Lügner. Ergebenst — Rotau.“